

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Post und Versammlungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. Geschäftsbeiträge werden nicht angenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theob. Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; Druckerei in Bochum, Wilmshäuser Straße 38-42. Telefon-Nr.: 98 und 99. Telegramm-Adresse: Mittelverband Bochum

Ein Schandmal für alle Zeiten.

In der katholischen Zeitschrift „Soziale Revue“ (München), Heft 8, 12. Jahrgang, versucht Zmbusch, den ultramontanen Streikbruch im März 1912 zu rechtfertigen, leistet dem Streikbruchgewerkverein damit aber einen Vorentscheid. So sehr sich Zmbusch auch müht, die Wahrheit zu strangulieren, kann er sich doch nicht mit den Tatsachen in zu offenbaren Widerspruch setzen; dort aber, wo sich die Wahrheit nicht umgehen läßt, üben seine Ausführungen eine glänzende Rechtfertigung für die Haltung der Streikführer. Ueber das Arbeitsverhältnis im Bergbau führt Zmbusch aus:

„Es herrscht hier ein außerordentlich schlechtes Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Persönliche Arbeitgeber kennt man nicht mehr und die Vertreter des Kapitals vertreten in der Mehrheit den einseitigen Herrenstandpunkt.“

Wort für Wort richtig! Weiß aber das Verhältnis ein sehr schlechtes ist und die Vertreter des Kapitals jedes Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber bisher strikte abgelehnt haben, ist es zum Kampfe gekommen. Der starke Herrenstandpunkt hat den Kampf herausbeschworen. Das gesteht auch Zmbusch ungewollt zu, indem er weiter schildert, daß die Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern im letzten Jahrzehnt im Ruhrgebiet besonders häufig waren. Und immer waren die Arbeitgeber allein die Schuldigen. Zmbusch schreibt:

„Nachdem schon im Jahre 1904 einige lokale Teilstreiks wegen der geplanten Verlängerung der Arbeitszeit ausgebrochen waren, kam es im Jahre 1905 zu einem allgemeinen Streik, an dem sich von 260 000 Mann rund 200 000 beteiligten, wegen einer Anzahl von Mängeln und zur Abwehr einer geplanten weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Im Jahre 1907 entstanden Differenzen wegen der Knappschaftsverhältnisse, im folgenden Jahre wegen der Einführung von schwarzen Listen. Das Jahr 1909 brachte dann eine weitgehende Erregung der Arbeiter wegen der erfolglosen Einführung eines einseitigen Unternehmenszwangs, arbeitsnachweisend. Dazu kamen noch Differenzen wegen der Lohnfrage.“

Mit dem Rückgang der Konjunktur im Jahre 1908 fehlten die Gewerbenormen, die die Löhne bedeutend herab. Der Durchschnittslohn der Kohlenarbeiter fiel von 4,99 Mk. pro Schicht im letzten Vierteljahr 1907 auf 4,45 Mk. im 2. Vierteljahr 1908, die Jahreslöhne fielen von 1562 Mk. im Jahre 1907 auf 1350 Mk. im Jahre 1908. Die Kohlenarbeiter gingen die Löhne in der gleichen Zeit zurück von 6,14 Mk. auf 5,22 Mk. und von 1871 auf 1558 Mk. Nur ganz langsam gingen sie wieder etwas an. Das Einkommen der Bergleute war also in den letzten Jahren erheblich niedriger als früher, und das in einer Zeit, in der die Preise für die Lebensbedürfnisse erheblich stiegen. Das mußte zur Unzufriedenheit führen.“

Ganz richtig! Die geschilderten Verhältnisse mußten zur Unzufriedenheit, und weil die Herren auf ihrem Herrenstandpunkt beharrten und jedes Entgegenkommen ablehnten, zum Kampf führen. Schuld sind danach nur die Herren.

Die Frage, ob die Konjunktur zur Führung des Kampfes günstig war, muß auch Zmbusch bejahen. Er schildert, wie schon im Herbst 1911 eine Besserung der Konjunktur in Aussicht stand und versucht wurde, eine gemeinsame Lohnbewegung herbeizuführen, wie aber mit Rücksicht auf die unsicheren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und weil die Reichstagswahl vor der Tür stand, davon abgesehen wurde. Wörtlich schreibt Zmbusch dann weiter:

„In den folgenden Monaten besserten sich die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt ganz bedeutend. Die Nachfrage nach Brennstoffen wurde wegen der Besserung der Konjunktur größer. Es gelang dem Kohlenproduzenten, durch ein Abkommen mit den außerhalb des Synzikats stehenden Betrieben die Einseitigkeit beim Verkauf wiederherzustellen. Eine Erhöhung der Kohlenpreise wurde dadurch ermöglicht und für den 1. April in Aussicht genommen. Der zu Beginn dieses Jahres in Belgien ausgebrochene Bergarbeiterstreik wirkte ebenfalls günstig auf den Kohlenmarkt ein, ebenso auch die in England entstandene Bewegung.“

Hier gesteht Zmbusch ungewollt zu, daß der Zeitpunkt zur Führung eines Kampfes der denkbar günstigste war. In dem vom Gesamtverband der „christlichen“ Gewerkschaften herausgegebenen Handbuch Köln 1905, heißt es in dem Kapitel „Streik“, Seite 95:

„Eine große Rolle bei Streiks spielt jedoch die Geschäftslage. Dieses muß vor allen Dingen eine gute und im Aufschwung begriffen sein. Das gilt bei größeren Streiks nicht nur von der Geschäftslage am Orte, sondern im allgemeinen.“

Die Konjunktur muß danach bei Streiks eine gute und im Aufschwung begriffen sein. Das war aber diesmal der Fall, wie selbst Zmbusch zugestehen muß. In diesem Moment aber, wo der Zeitpunkt und die Aussicht auf Erfolg günstig waren, wie je zuvor, übte der Streikbruchgewerkverein den schändlichsten Verrat an den Bergarbeitern, der in diesem Umfang einzig in der Geschichte der Arbeiterbewegung steht.

Um diesen Verrat zu rechtfertigen, stellt Zmbusch dann die Tatsachen und die Wahrheit auf den Kopf. Er behauptet, die Grubenverwaltungen hätten durch die ihnen nahestehende Presse am 2. und 3. Februar und auf manchen Gruben auch durch die Beamten Lohnsenkungen in Aussicht gestellt; er verschweigt aber dabei, daß die dahingehenden Mitteilungen der Presse durch die berufene Stelle, den Bergbaulichen Verein, in aller Form bekräftigt wurden. Lohnsenkungen sind in bindender Form nicht in Aussicht gestellt worden, weder in dem Antwortschreiben der Grubenverwaltungen noch in der Antwort des Grubenverbandes auf die gestellten Forderungen. Hätten die Herren auch nur etwas Entgegenkommen gezeigt, wäre es nicht zum Kampf gekommen.

Das weiß auch Zmbusch; trotzdem behauptet er, die erzielten Forderungen an die Grubenverwaltungen seien gestellt worden als Signal zum Streik, eine Bewilligung derselben sei nicht zu erwarten gewesen. Wurden denn 1905 nicht viel weitergehende Forderungen gestellt, obwohl die Konjunktur, die Organisations- und Klassenverhältnisse weit ungünstiger waren? Trotzdem unterstützte der Gewerkschaften 1905 diese Forderungen, machte auch den Streik mit, überließ es allerdings dem Verband, die Forderungen zu bezahlen, weil ihm die Mittel fehlten. Wurden 1905 die viel weitergehenden

deren Forderungen auch nur gestellt als Signal zum Streik?

Man sieht, Zmbusch ist nicht verlegen um Gründe, er macht sich die Rechtfertigung des ultramontanen Streikbruchs recht leicht, denkt nicht mehr an die Vergangenheit. Was der Gewerkschaften früher selbst getan, wird den Streikführern heute von Zmbusch und Konsorten als Verbrechen ausgelegt.

Zmbusch hat aber noch mehr derartige Gründe. Er schreibt: „Mehrfach sollten schon von sozialdemokratischer Seite angeregte Bewegungen dem Kampf gegen den Gewerkschaften „christlichen“ Bergarbeiter dienen... Allgemein war die Ansicht, daß der Streik von der Sozialdemokratie aus politischen Gründen herbeigeführt, ein Sympathiestreik mit England beabsichtigt und ein Vernichtungskampf gegen den Gewerkschaften geplant war.“

Soviel Worte, soviel Unwahrheiten. Aber darin ist ja Zmbusch groß. Nur muß man sich wundern, daß er diese Mäuschen aufzudecken wagt, nachdem er geschildert, wie der Herrenstandpunkt, die unhaltbaren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu Unzufriedenheit und Streitigkeiten zwischen Herren und Arbeitern führten. Hätten die Herren auch nur etwas Entgegenkommen gezeigt, wäre eine Verständigung sehr leicht möglich gewesen. Es ist unklar, daß von Führern und der sozialdemokratischen Presse, wie Zmbusch behauptet, ausgesprochen wurde, daß es kein Zurück mehr gebe. Es kam nur zum Kampf, weil alle friedlichen Mittel erschöpft waren, die Herren keinerlei Entgegenkommen zeigten, sondern auf ihrem Herrenstandpunkt beharrten. Alle entgegengesetzten Behauptungen Zmbuschs sind aus den Fingern geblasen, stehen auch mit seinen vorstehend wiedergegebenen Ausführungen nicht im Einklang.

Ein Sprichwort sagt: „Man sucht niemand hinter der Ecke, hinter der man nicht selbst gefressen hat.“ So geht auch Zmbusch. Die konterbaiten gerüchtete „Tägliche Rundschau“ vom 18. März und die nationalliberale „Dortmunder Zeitung“ vom 20. April haben ausdrücklich konstatiert, daß der Gewerkschaften nur Streikbruch beging, weil das der politischen Situation des Zentrums als Regierungspartei entsprach. Also gerade umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Sozialdemokratie hatte an dem Streik keinerlei politisches Interesse, stand ihm auch völlig fern; auch den englischen Bergarbeitern konnte dieser Streik absolut nichts nützen. Diese beiden Momente sind von Zmbusch an den Haaren herbeigezogen, stehen mit den tatsächlichen Verhältnissen in schroffem Widerspruch. Aber das Zentrum hatte als Regierungspartei ein politisches Interesse daran, daß der unter seinem Einfluss stehende Gewerkschaften Streikbruch beging, um, wie die „Tägliche Rundschau“ schrieb, der Regierung dafür eine Gegenrechnung aufmachen zu können.

Seine Behauptung, es sei ein Sympathiestreik mit England beabsichtigt gewesen, widerlegt Zmbusch aber auch selbst, indem er schreibt:

„Der Bergarbeiterstreik in England wirkte auch ungünstig für einen Streik im Ruhrgebiet. Da England der wichtigste Kohlenkonkurrent Deutschlands ist, fehlte durch den englischen Streik das wichtigste Druckmittel auf die deutschen Unternehmer, nämlich die Sorge um den Absatzmarkt... Sowohl der Bergbau wie die anderen Industrien kämpften seit Jahren einen schweren Kampf gegen die englische Konkurrenz. Sie hätten jetzt, wo das englische Wirtschaftsleben durch den Streik lahmgelegt war, einen guten Schritt nach vorwärts tun können.“

Wenn diese Sätze zuträfen, hätte ein Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter doch gar keinen Sinn gehabt, im Gegenteil, er hätte ihnen geschadet, weil gegen die Unternehmer das wichtigste Druckmittel fehlte, nämlich die Sorge um den Absatzmarkt. Denn was in diesem Falle für Deutschland zutrifft, trifft auch in gleichem Maße für England zu. Wie verstanden muß es doch im Kopfe eines Menschen aussehen, der sich in solchen Widersprüchen bewegt und sich dessen nicht bewußt wird.

Auf derselben Höhe steht auch die Behauptung, daß ein Vernichtungskampf gegen den „christlichen“ Gewerkschaften geplant war. Gerade umgekehrt liegen die Verhältnisse, das hat Vogelsang, der durch die Heinrich-Brauer-Affäre weiteren Kreisen bekannt wurde, am 29. November 1908 in einer Versammlung in Osterfeld wie folgt ausgeprochen:

„An einen Lohnkampf ist zunächst gar nicht zu denken, erst muß der Kampf mit den Notizen ausgefochten werden.“

Weil nach Vogelsang erst der Kampf mit den Notizen ausgefochten werden muß im Interesse des Zentrums und der herrschenden Klasse, hat der Gewerkschaften Streikbruch begangen, um mit Hilfe der herbeigerufenen Polizei- und Militärgewalt den Gewerkschaftenverband zu vernichten.

Zmbusch gefällt es auch nicht, daß die Streikenden bis zum letzten Tage zum Ansharren angefeuert wurden; er bemerkt dazu:

„Die hier beliebte Streikstrategie steht in der Geschichte der Arbeiterbewegung einzig da. Nie wurden die Arbeiter so getäuscht, kopflos geführt und schwer geschädigt, wie hier zum Streik.“

Zmbusch scheint sich gar nicht mehr zu erinnern, daß die einzig in der Geschichte dastehende Streikstrategie 1905 auch von Führern des Gewerkschaften angewandt wurde. Diese einzig in der Geschichte dastehende Streikstrategie wird auch in dem vorstehend schon angeführten Handbuch der „christlichen“ Gewerkschaften, Seite 99, empfohlen. Dort heißt es:

„Sobald die Streikleitung einseht, daß ein Weiterkämpfen zwecklos ist, muß der Kampf plötzlich abgebrochen werden. Die Absicht, den Kampf aufzugeben, ist bis zum letzten Augenblick aus tatsächlichen Gründen streng geheim zu halten.“

Was hier empfohlen wird, rechnet Zmbusch dem „Dreikönig“ als Täuschung der Arbeiter und Kopfschütteln an. Höher gehts nimmer! Und solchen Konfusen Ergüssen opfert eine katholische Zeitschrift ihr Ansehen!

Nebst dem bestand vorher nicht die Absicht, den Kampf, aufzugeben. Noch am 18. März beschlossen die Vorstände der drei Verbände einstimmig, im Kampfe auszuharren. Am 19. März zeigte sich dann, daß unter dem vereinten beispiellosen Ansturm der Gegner die Zahl der Streikenden weiter abbröckelte und darum beschloß die Direktorenkonferenz den Streikabbruch.

Jeder Kampf erfordert Opfer! Der Streik von 1905 hat weit schwerere Opfer gefordert, wie der diesmalige und brachte den Bergarbeitern, wie der „Vergnappung“ schrieb, Steine statt Brot. Eine Opfer ist nichts zu erreichen, das ist eine

Tatsache, die von vornherein in Rechnung gestellt werden muß. Sind alle friedlichen Mittel erschöpft und ist der Zeitpunkt günstig, muß der Kampf gewagt werden. Anders kann und darf keine Organisation handeln, die es ehrlich mit den Interessen der Arbeiter meint.

Alle Vorbedingungen waren diesmal erfüllt. Die Konjunktur war günstig und im Aufstieg begriffen; die Organisationen waren viel stärker, gefestigter und finanzkräftiger wie 1905. Alle friedlichen Mittel waren erschöpft, die Herren lehnten jedes, auch das geringste Entgegenkommen, schroff ab. So blieb nur der Kampf übrig, der unter den denkbar günstigsten Bedingungen begonnen wurde. Der Gewerkschaften hat aber alles daran gesetzt und zu den schimpflichsten Mitteln gegriffen, um den sonst sicheren Erfolg zu vereiteln. Dieser schimpfliche Verrat an den Interessen der Bergarbeiter läßt sich nicht rechtfertigen, er bildet ein Schandmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung für alle Zeiten und wird sich rächen an seinen Urhebern.

Plumpe Ablenkungsmanöver.

Immer mehr lernen die Mitglieder des ultramontanen Streikbruchgewerkschaften erkennen, wie sie von ihren Führern am Narrenseil geführt wurden und sich ins eigene Fleisch schnitten, als sie sich zum Streikbruch verleiten ließen. Tatsachen sind harte Dinge, die auch dem Dünnesten die Augen öffnen. Darum versuchen es die Streikbruchführer, die Aufmerksamkeit von ihrem Verrat und seinen Folgen für die Bergarbeiter abzuwenden.

Dieser Aufgabe unterzieht sich besonders der „Vergnappung“ mit mehr Eifer als Geschick. In seiner Nr. 21 vom 25. Mai bringt er unter der Überschrift: „Erfolge der Gewerkschaftsbewegung“ einen Artikel, worin in schillernden Farben die Erfolge geschildert werden, die der Gewerkschaften angeblich schon erzielt hat. Um diese Erfolge möglichst groß erscheinen zu lassen, wird sogar behauptet, die Löhne seien stärker gestiegen, wie die Preise der Lebensbedürfnisse. Am 21. Oktober 1911 hat der „Vergnappung“ zwar noch das Gegenteil behauptet, aber an solchen Widersprüchen stoßen sich seine Leser nicht, ihnen kann alles geboten werden.

Um seine Leser zu blaffen, benutzt der „Vergnappung“, gleich den Goldschreibern des Kapitals, als Grundlage für seine Lohnsteigerungsberechnung den sehr tiefstehenden Durchschnittslohn von 1889; im Jahre 1889 betrug der Durchschnittslohn nur 3,42 Mk. und stand damit um 1,58 Mk. gleich 31,6 Prozent pro Schicht niedriger, wie 1873. Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft betrug sogar nur 3,05 Mk. pro Schicht. Trotzdem benutzt der „Vergnappung“ diesen Durchschnittslohn als Grundlage für seine Lohnsteigerungsberechnung, um zu „beweisen“, daß die Löhne stärker gestiegen sind, wie die Preise der Lebensbedürfnisse. Das ist statistischer Unfug, eine wissenschaftliche Zerkleinerung der Bergarbeiter und der Öffentlichkeit im Interesse des Grubenkapitals.

Um die Aufmerksamkeit der Mitglieder von den Folgen des schändlichen Streikbruchs abzuwenden, benutzen die Streikbruchführer auch die Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins vom 13. Juni. Im „Vergnappung“ und der Zentrumspresse wird ein ohrenbetäubender Lärm inszeniert: „Verrat der Bergarbeiter durch die Verbandsältesten“, „Verbandsälteste und Werksbesitzer in schönster Harmonie gegen die Interessen der Bergarbeiter“, „Vergewaltigung der allein wahren „christlichen“ Arbeitervertreter im Knappschaftsverein mit Hilfe der Verbandsältesten“, so oder ähnlich tönt es uns in allen Variationen aus dem schwarzen und schwarz-gelben Blätterwalde entgegen.

Aus dem ganzen Geschreibsel des schwarzen und schwarz-gelben Geschlatsch läßt sich zunächst die ohnmächtige Wut derselben erkennen, darüber, daß sie auf Knappschaftsämtern Gebiete nicht, aber auch rein gar nichts mehr zu sagen haben. Sie sind in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt und zur völligen Bedeutungslosigkeit auf dem Gebiete des Knappschaftswezens verurteilt. Wir verstehen diesen Schmerz der Streikbruchhelden und wissen ihn zu würdigen. Aber wir sind nicht schuld daran, daß es so gekommen ist, schuld daran ist das schändliche und arbeiterverräterische Verhalten der „christlichen“ Arbeitervertreter in der Knappschaft. Die Knappschaftsmitglieder haben die „christlichen“ Arbeitervertreter kennen gelernt und danken bestens dafür.

Es ist ungemein bezeichnend für die moralischen Qualitäten der Firma Zmbusch und Kompagnie, daß sie es wagt, den Kampfplatz auf das Gebiet des Knappschaftswezens zu verlegen. Die Tatsachen „christlicher“ Arbeitervertreter im Knappschaftsverein sind doch noch in frischer Erinnerung. Aber daran hört sich die ehrenwerte Firma Zmbusch u. Ko. nicht, moralische Anwandlungen sind ihr fremd, wie der Heinrich-Brauer-Brief zur Genüge beweist.

Wenn aber die Streikbruchagenten den Kampf auf das Gebiet des Knappschaftswezens verlegen wollen, wir folgen ihnen gern. Sie entrüsten sich künstlich darüber, daß die Verbandsältesten zu der letzten Generalversammlung des Knappschaftsvereins keine Anträge auf Abänderung der Satzung gestellt haben. Daraus schlußfolgern sie — natürlich nur zum Scheine, denn sie glauben ihren eigenen Schwindel ja nicht —, daß sich die Verbandsältesten und die Werksbesitzer in schönster Harmonie befinden. Hierzu folgendes: Es haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe Generalversammlungen stattgefunden, wovon eine von den Verbandsältesten einberufen war, um einen „christlichen“ Verrat zu korrigieren. Zu jeder Generalversammlung haben die Verbandsältesten Reformanträge gestellt, diese sind von den Werksbesitzern jedesmal fast lächelnd abgelehnt worden. Die vorletzte Generalversammlung hat erst am 11. Dezember v. J. stattgefunden.

Wenn eine Satzungsänderung nicht durch Verränderungen der einschlägigen Beschlüsse vorgenommen werden muß, ist der Einfluß der Arbeiter auf die Satzungsänderung gleich Null. Die Werksbesitzer brauchen nur zu erklären, daß sie die Anträge der Ältesten ablehnen und damit sind sie abgelehnt. So haben die Werksbesitzer bisher in jeder Generalversammlung gehandelt und da kann man den Ältesten nicht zumuten, kurz nachdem ihre Anträge abgelehnt sind, die Werksbesitzer wieder zu bitten und zu beschwören, die Forderungen zu akzeptieren, wenn doch von vornherein feststeht, daß sie abgelehnt werden. Der Verrat der

letzte Generalversammlung hat gezeigt, wie richtig die Haltung der Verbandsältesten war. Sie haben in der vom Vortage abgegebenen Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre Anträge einbringen würden, wenn infolge der Abänderung des Knappschaftsgesetzes die Satzung des Vereins geändert werden muß und dieses tritt schon im Herbst d. J. ein. Dann haben die Verbandsältesten ganz andere Möglichkeiten, auf die Werksbesitzer einzuwirken, denn ohne die Zustimmung der Verbandsältesten kann kein Statut zustande kommen.

Die Verbandsältesten haben daher auch stets besonders dann versucht, die Satzung für die Knappschaftsmitglieder günstig zu gestalten, wenn eine neue Satzung geschaffen oder dieselbe geändert werden mußte. So besonders auch im Jahre 1907, als infolge Abänderung des siebenten Titels im Allgemeinen Berggesetz der Knappschaftsverein sich eine neue Satzung geben mußte. Was haben da aber die „Christen“ getan? Sehen wir zu. Damals haben die „christlichen Arbeitervertreter“ im Vorstände, als die neue Satzung vom Vorstände vorberaten wurde, nicht nur die Anträge der Verbandsältesten mit Hilfe der Werksbesitzer niedergelegt, sie haben sogar die „christlichen“, d. h. ihre eigenen Anträge niederstellen lassen. Darüber hat sich der „Vergnapp“ seinerzeit nicht entzündet, es also unterlassen. Und wie haben die übrigen Gewerkschaften in den damaligen Generalversammlungen gehandelt, als die Satzung einmütig beschlossen werden sollte? In der Generalversammlung am 12. Oktober 1907 fielen 25 „christliche“ Kestte und stimmten mit den Werksbesitzern für deren schlechten Entwurf. Glücklicherweise konnten die Verbandsältesten die Annahme des Entwurfs verhindern.

Am 28. Dezember 1907 fand abermals eine Generalversammlung statt, in dieser versuchten die Werksbesitzer abermals, ihren schlechten Entwurf zur Annahme zu bringen. Diesmal fielen sämtliche „christliche“ Kestte (88) um und stimmten mit den Werksbesitzern. Freilich konnte das den Werksbesitzern nichts nützen, denn die Verbandsältesten hatten schon die Mehrheit und lehnten den Entwurf wieder ab. Nachdem dann ein halbes Jahr eine Zwangssatzung bestanden hatte, fand am 20. Juni 1908 eine Generalversammlung statt, in welcher auch die Verbandsältesten der Satzung zustimmten, die Werksbesitzer mußten sich bequemen, Zugeständnisse zu machen. Es wurden die Knappschaftspensionen erhöht bei 10jähriger Dienstzeit um 5,80 Mk., bei 15jähriger Dienstzeit um 10,40 Mk., bei 20jähriger Dienstzeit um 13,00 Mk., bei 25jähriger Dienstzeit um 18,00 Mk. und bei 30jähriger Dienstzeit um 3,00 Mk. Das sind schon wesentliche Verbesserungen, die die Knappschaftsmitglieder nur den Verbandsältesten zu danken haben. Das hat der II. Vorsitzende des Streikbruchsvereins, Kühme, seinerzeit auch anerkannt, indem er sagte:

„Es ist ein Glück, daß die Verbandsältesten festgehalten haben, wäre es auf unsere Kestten angekommen, dann würde das Statut schon längst so angenommen, wie es die Werksbesitzer wünschen. Unsere Kestten sind die reinsten Egoisten, die nur in ihren eigenen Götzen scharen.“

Seite wegen die Streikbruchsführer, die Verbandsältesten als Arbeitervertreter zu bezeichnen! Das sieht ihnen ähnlich! Wir würden den Raum, der uns zur Verfügung steht, zu sehr in Anspruch nehmen müssen, wollten wir auch nur die größten Verrätereien „christlicher Arbeitervertreter“ in den Vorstandssitzungen registrieren. Wir wollen nur einige charakteristische Fälle herausgreifen:

In der Vorstandssitzung vom 4. September 1908 stand ein Antrag der Verwaltung auf der Tagesordnung, dem erst kurze Zeit beim Knappschaftsverein beschäftigten Dr. Willow 1000 Mk. für eine Aduleur zu bewilligen, da dieser Herr — bedürftig sei. Hierzu ist zu bemerken, daß Herr Willow ledig war, ein Gehalt von 4000 Mk. jährlich bezog und außerdem 500 Mark Wohnungsgeld. Sämtliche „christlichen Arbeitervertreter“ waren davon überzeugt, daß ein Junggeselle bei einem solchen „Jungferlohn“ bedürftig sei, und bewilligten die 1000 Mark. Mit 20 gegen die 10 Stimmen der Verbandsältesten wurde dieser Beschluß gefaßt.

In der Vorstandssitzung vom 10. Dezember 1908 beantragte der Verbandsälteste Benz, unter Bezugnahme auf den Fall Dr. Willow, alle Beamten und Arbeiter mit einem Einkommen von unter 4000 Mark jährlich als „bedürftig“ anzuerkennen, wenn sie in ein Krankenhaus oder in eine Seilanstalt aufge-

nommen würden, und ihnen demgemäß neben der Gewährung der freien Verpflegung in den betr. Anstalten das volle Krankengeld zu gewähren. Bei diesen Vermögen die „christlichen Arbeitervertreter“, aber keine „Bedürftigkeit“ anzuerkennen und stimmten geschlossen mit den Werksbesitzern gegen diesen Antrag der Verbandsältesten.

Ferner sei daran erinnert, daß die „christlichen Arbeitervertreter“ die Gehälter der höheren Knappschaftsbeamten maßlos erhöhen halfen, gegen den Willen der Verbandsältesten. Das ist den von den in der Seilstätte Beringhausen gewesenen Knappschaftsmitgliedern best. bekannt. Dr. Zenhoff am 4. Juli 1909 eine jährliche Feuerungszulage von 1000 Mark bewilligten. Daß sie für energische Verfolgung der Teilnehmer am „Butterstreik“ in Beringhausen eintraten und mit Hilfe der Werksbesitzer durchsetzten usw. Ferner sei erinnert an den Verrat, welchen die „christlichen Arbeitervertreter“ verübten, indem sie mit den Werksbesitzern für eine Wahlordnung stimmten, die erwählte, die organisierten Kestten auszuschalten und gelbe Kreaturen an deren Stelle treten zu lassen. Diese Wahlordnung ist allerdings durch die Verbandsältesten wieder beseitigt worden.

Man könnte viele Spalten füllen mit dem Aufzählen „christlicher“ Verrätereien und die Gesellschaft entblüdet sich nicht, andere zu beschuldigen, die Arbeiterinteressen verraten zu haben. Auf alle Anlässe des „Vergnapp“ näher einzugehen, verbietet uns die Rücksicht auf den Raum dieses Blattes. Es ist auch überhaupt nicht möglich, alle Lügen der „christlichen“ Streikbruchagenten zu widerlegen. Einer derselben kann man mehr Lügen, als zehn andere richtigstellen und widerlegen können. Aber auf die wiederholt von jener Seite vorgebrachte Behauptung, die Verbandsältesten seien schuld daran, daß die „Christlichen“ ihre Anträge hätten auf die Tagesordnung bringen können, müssen wir noch kurz eingehen.

Die Verbandsältesten wollten aus schon erörterten Gründen diesmal keine Anträge zur Generalversammlung stellen, ihrerwegen konnte also die Tagesordnung zur Generalversammlung in der Vorstandssitzung am 11. April d. J. festgelegt werden. Sie haben aber Rücksicht darauf genommen, daß möglicherweise von anderer Seite Anträge gestellt werden sollten und beantragten daher, die Tagesordnung erst in der nächsten Vorstandssitzung festzusetzen. Der Vorsitzende Geh. Bergrat Dr. jur. Weidtmann, entgegnete jedoch darauf, wenn Anträge zur Generalversammlung eingebracht, so können sie doch auf die Tagesordnung gestellt werden. Auf Grund dieses Versprechens glaubten die Verbandsältesten der Festsetzung der Tagesordnung unbedenklich zustimmen zu können. So hat der Verbandsälteste Linke den Sachverhalt in der Generalversammlung dargestellt, der „Vergnapp“ glaubte jedoch an der Wahrheit dieser Darstellung zweifeln zu dürfen. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß Linke seine Ausführungen in Gegenwart des Herrn Geh. Bergrat Dr. jur. Weidtmann gemacht hat, und wenn sie nicht zutreffend wären, hätte dieser denselben wohl widerprochen, denn ihm wurde von Linke gewissermaßen Wortbruch vorgeworfen. Herr Geh. Bergrat Dr. jur. Weidtmann hat den Ausführungen Linkes aber nicht widerprochen. Das weiß auch der „Vergnapp“, aber dieser braucht eben Leute, auf die er losfahren kann und dazu wird jede Gelegenheit benutzt. Im übrigen werden auch die Verbandsältesten aus dem Vorkommnis ihre Lehren ziehen.

Schließlich regt sich der „Vergnapp“ darüber auf, daß die Verbandsältesten den „christlichen“ Kestten Klein et al., übrigens zutreffende Kostenamen an den Kopf warfen. Er verbreht heuchlerisch die Augen und heult am Schluß:

„Am unverständlichsten ist uns aber gewesen, daß die sozialdemokratischen Kestten an einer Stelle, wo doch Sach und Leidenschaft schweben sollen und nur das knappschaftliche Interesse der Bergleute im Betracht kommen darf, den Gewerkschaften in solch widerlicher Weise angegriffen konnten. Dieses war wirklich kein erhebendes Bild.“

Diese Heuchelei ist doch unübertrefflich! Man stelle sich nur folgendes vor: Die Verbandsältesten haben vor kurzem noch im denkbar schärfsten Kampfe gegen das Unternehmertum gestanden, indem sie streikten. Da kommt der „Christ“ Klein her, ein Mann, der durch seinen Streikbruch den Unternehmern Helfersdienste geleistet hat, und besitzt die unglaubliche Frechheit, die Verbandsältesten unerbittlich als Unternehmernächste hinzustellen! Das müssen sich nach der Ansicht des „Vergnapp“

die Verbandsältesten ruhig gefallen lassen und schweigen. Freilich war an den Anpöbelungen der Verbandsältesten der Meiste Klein am wenigsten schuld, denn seine Ausführungen waren ihm zweifellos von der Firma Zumbusch und Kompagnie inspiriert worden, er mußte seine Rede zum Fenster hinaus halten, um den „Christen“ als Agitationsmaterial zu dienen. Wenn sich jedoch Klein zu solchen unehrlichen Machinationen gebrauchen läßt, muß er sich auch damit abfinden, wenn ihm gründlich heimgeleuchtet wird.

Damit mag es für heute genug sein. Wenn die Streikbruchhelden an diesen Prügel noch nicht genug haben sollten, so brauchen sie sich nur zu melden, wir sind bereit, ihnen eine weitere Tracht zu verabfolgen.

„Christen“ unter sich.

Blüten des Sauherdentons.

Die Welt erlebt gegenwärtig ein recht merkwürdiges Schauspiel. Die sanftmütigen Zentrumschafe sind wild geworden und fallen übereinander her wie reißende Wölfe. Und was das merkwürdigste von allem ist: Ihr eigener Hirte hat den schwarzen Schamir die Milch der frommen Denkungsart in gährenen Drachensblut verwandelt, indem er die einen etwas liebevoller gestreichelt hat als die anderen. Die fühlen sich zurückgesetzt und blöden die Bevorzugten während an. Diese blöden natürlich wieder und so entsteht ein Konzert, das Steine erbeben kann. Die wild gewordene Herde wird ja über kurz oder lang wieder zur Ruhe kommen. Uns anderen sündigen Menschen wird sie dann wieder als Vorbild empfohlen werden, von dem wir lernen können, wie Sanftmut, Demut und christliche Bruderliebe geübt werden müssen. In der Voraussicht dessen haben wir uns eine kleine Sammlung „christlicher“ Worte angelegt, wie sie in den letzten Tagen von Zentrumsführern gegen Zentrumsführer angewendet wurden. Es ist so eine Art Katedrismus des guten Umgangsstones.

Die Richtung Köln-M.-Gladbach, zu der alle Zentrums-gemeinschaften gehören, redete ihre Freunde von der Richtung Berlin in folgender Weise an:

„Infamie, — verfiere Niedertracht, — schwere Verleumdungen, — wahrheitswidrige Vorwürfe, — Denunziation, — Verächtlichkeits- aus, — Verleumdungsfucht, — plumpe Unterstellungen, — hyperkatholische Erörter, — hyperkatholische Quertreiber, — hinterlistige Wagnis, — Freudenräuber, — Berlin schließt nach Rom, — empfindende Verächtigungen, — wahrer Skandal, — der reinste Schand auf die Knechtung des hl. Vaters, — Ausbruch des Hasses, — auf wahrheitswidrige Angaben gestützte Denunziation.“ (Köln. Volkszeitung.)

„Verloste Anstalt, — Papst direkt angehen, — unwahre Darstellungen mit denunziatorischem Charakter, — Fälschung der Berliner Quertreiber, — answärzen, — verwerflich, — den Sinn der Evangelien herum Novorum gefächelt, — widerwärtiges Spiel, — febrile Verächtigungen, — antisemitische Scherzreden, — schändliche Verleumdungen, — Verächtigungen der Quertreiber, — in unerhörter Weise die Wahrheit entstellt, — Verächtigungspolit.“ (Erfener Volkszeitung.)

„Berlin schließt nach Rom, — Stambul, — Zerklopftheit, — Verleumdung, — grobe Unwahrheiten und Entstellungen, — verleumdend und verächtlich, — Verbrechen, — die Berliner Friedensbetreibungen wirken widerlich und werden ein Gefühl moralischen Widerwillens, — Berliner Quertreiber.“ (Saarpost.)

„Verleumdungsfucht, — unanwahrte Denunziation, — schändliche Verächtigung, — skrupellose Ausbeutung des Telegramms, — wahrheitswidrige, systematische Entstellungen, — Wühlerne, — Lügner, — Scherzreden, — nach Rom schleichen, — mißbräuchliches Geheiß und Wühlerne der berufsmäßigen Unrechtfertigkeit, — skrupellos, — verleumdend.“ (Westfälische Arbeiterzeitung.)

„Pharisäerhafte Unterstellungen, — grobe Verleumdung, — Entstellung der Wahrheit, — Schwindel, — Mäntel, — weltgeschichtlicher Skandal, — gewissenlose Personen an den Papst gedrängt, — die Berliner hatten genug Dreck am Stecken.“ (Baugewerkschaft.)

„Ehrenrührige Behauptungen, — Berliner Halluzinationen, — Wühlerne schändlich hintergangen, — Ausdauer ins Neit gelegt, — den Teufel an die Wand gemalt, — die Berliner Kapitulationsgeißel mit ihrem ewigen Geschnatter, — verderbliche Wege.“ (Westfälisches Volksblatt, Paderborn.)

„Verächtigungen der Berliner Scher, — in Rom geküßelt, — Skandal ohnegleichen, — falsche Information, — Verächtigungen, — Lügen, — Verleumdungen.“ (Vergnapp.)

Krupp.

(Schluß.)

Welche Kaufkraft den jeweils gezahlten Löhnen innewohnt, läßt sich mangellos ausreichender Mitteilungen über die gleichzeitigen Lebensunterhaltskosten nicht präzis beantworten. Die Lebenshaltung der Handarbeiter in Westfalen und Rheinland muß nach den von Frenenberg zitierten Verträgen eine miserable gewesen sein. Van Eick fand, daß für verheiratete Arbeiter, die 10 bis 12 Groschen Tagesverdienst hatten, Fleisch ein „kostspieliger Luxus“ sei (1848). Seitdem sich die Industrie im rheinisch-westfälischen Gebiete entwickelt habe, liegen die Lebensmittelpreise. Wot sei viel teurer als am Oberrhein. Doch würde die projektivierte Eisenbahn nach Hannover „Wunder wirken“, da sie die Wirtschaftlichkeit der Rohle steigere und die Zufuhr billigerer Lebensmittel ermögliche. Die Bahn, der über den Regieungsbezirk Düsseldorf berichtete, schrieb, im 1835 seien Kartoffeln „oft monatelang das einzige Gericht der Armen, Kartoffelschälmaschinen und Raffes das gewöhnliche Abendbrot vieler Fabrikarbeiter gewesen“. Aus amtlichen Veröffentlichungen der Essener Lebensmittelpreise um 1880 herum ergeben wir, daß damals ein Pfund Schweinefleisch 5/2, Rindfleisch 3/4, Kartoffeln 2/4, zwölf Pfund Schwarzbrot 8/4 Groschen kosteten. Demnach konnte sich damals ein Kruppischer Arbeiter für seinen Durchschnittslohn (18 bis 14 Groschen) über 4 Pfund Rindfleisch, über 6 Pfund Rindfleisch kaufen, das Pfund Brot war um fast 50 Prozent billiger als 50 Jahre später. Der alte „Kruppianer“ Schürmann erzählte: „In den Arbeiterfamilien wurde in den vierziger Jahren einmal täglich Fleisch gegessen und auch die Kinder bekamen ihr Stücken davon mit.“

Ueber die Ernährungsverhältnisse der Essener Arbeiter in den fünfziger Jahren werden wir einigermaßen besser unterrichtet durch eine auch sonst sehr interessante Polemik in den Essener „Politischen Nachrichten“, Jahrgang 1857. Anscheinend ein Fabrikant läßt sich dort über die „maßlosen Ansprüche der Arbeiter“ (!) wie folgt aus: „Der Arbeiter empfangt um die Hälfte mehr Lohn und leistet um die Hälfte weniger als früher... Je höher der Lohn, desto anmaßender und unmoralischer, desto träger zeigen sich die Arbeiter (!!!)... Der Arbeiter ist Herr, der Arbeitgeber Diener.“ Es machten sich „bei unseren Arbeitern eine maßlose Berührung, Heppigkeit und Ueberhebung bemerkbar.“ Die zahllosen Schmarbancipien sind gefüllt von lärmenden „Arbeitern.“ In Essen, Bochum, Dortmund und and. arbeite kein Handarbeiter unter 18 Wochen pro Tag. Handarbeiter wie Schmiede, Dreher usw. empfangen willig 25 Sgr. bis 1 Mr. und sind doch nicht zufrieden, sondern laufen fort, wenn man ein wenig Fleiß und Ordnung verlangt.“ Aus dieser beweglichen Fabrikantenliste entnehmen wir auch, daß die zwei Jahrzehnte später von Krupp in seinen „Ansprachen an meine Arbeiter“ auf ultramontane und sozialdemokratische „Wühlerne“ zurückgeführte „Unzufriedenheit und Unanständigkeit“ der Essener Arbeiter schon stark auftrat, ehe die besagten „Wühlerne“ begannen.

Ein Arbeiter antwortete in derselben Zeitung dem ersten Artikel-freier (1857) mit der Erklärung, die von ihm viel gemäßigter ge- lobten Wühlerne und Herforder könnten und müßten mit 6 bis 9 Sgr. Tagelohn zufrieden sein, denn sie besäßen nebenbei eigene Ackerwirtschaft. Wer dies nicht hätte, käme „hierher, um die Löhne herab- und die Lebensmittel in die Höhe zu bringen.“ Sodann machte der Arbeiter Angaben über seine eigene Hauswirtschaft. Er hatte Frau und vier Kinder zu ernähren. 1854/55 hatte er nur 18 Sgr. verdient und 50 Mr. Schulden gemacht, die er abzahlen konnte, wenn er den Lohn von 24 Sgr. noch ein Jahr lang erhielt. Dieser Arbeiter gehörte demnach nicht zu den best-, sondern zu den durchschnittlich bezahlten. Die bestbezahlten hatten ja nach der Versicherung des klagenden Fabri- kanten 25 Sgr. bis 1 Mr. Lohn. Aus dem veröffentlichten Haushalts-

budget erfahren wir, daß der Arbeiter mit seiner Familie beispiels- weise täglich ein Pfund Rindfleisch (Preis 4 Sgr.), wöchentlich zwei Pfund Butter (à 5 Sgr.), 24 Pfund Brot (à 0,8 bis 0,9 Sgr.), täglich für 2 Sgr. Gemüse verbrauchte. Für Kartoffeln gab er 14 Prozent seines Einkommens aus, den sechsten Teil des Lohnes erforderte die Hausmiete.

Vergleichen wir dieses Haushaltsbudget mit den betreffenden Aus- gaben einer Essener Arbeiterfamilie gut 50 Jahre später, so ergibt sich folgendes: Der Durchschnittslohn der Gussstahlfabrikarbeiter betrug 1910: 5,51 Mr. Für ein Pfund gutes Rindfleisch mußte man 80 bis 85 Pf. gleich ein Schafel bis ein Siebentel des Schafelohnes (1857 war es ein Schafel) ausgegeben werden. Der Verbrauch von 2 Pfund Butter wöchentlich erforderte 1910 (Preis 1,25 Mr. pro Pfund) die Ausgabe von 45 Prozent des Schafelohnes, 1857 nur 41 Prozent. Die Ausgabe für das gleiche Quantum Gemüse erhöhte sich in dieser Zeit sicher um das Dreifache; der Lohn stieg nicht so viel. Für fünf Schafel seines Lohnes kaufte 1857 der Arbeiter 24 Pfund Brot, 1910 hätte er dafür etwa vier Schafel seines Lohnes aufwenden müssen. Für seinen Kartoffelbedarf gab damals der Arbeiter 14 Prozent seines Lohnes aus, er konnte 50 Jahre später für 11 bis 13 Prozent dasselbe Quantum einkaufen. Um die von dem klagenden Fabrikanten „äppig“ genannte Miete zu bezahlen, mußte 1857 der Arbeiter 15 Tagelöhne hergeben, 1910 wäre er mit 30 Tagelöhnen kaum auskommen. Seine Hausmiete (30 Mr. jährlich) erforderte damals 87 Tagelöhne, 1910 würde er für eine entsprechende Wohnung (drei Räume) in der Stadt Essen mehr als 50 Tagelöhne zu zahlen gehabt haben. Rechnet man dazu die große Verteuerung des Schuhwerks, der Wäsche und Brenn- materialien, die bedeutende Erhöhung der direkten Staats- und Kom- munalsteuern, dann stellt sich die Verbesserung der Lebenshaltung der Essener Arbeiter im Verlaufe eines halben Jahrhunderts als relativ gering heraus.

Im Hand der Aufzeichnungen, Erlasse und Ansprachen Alfred Krupps kann man auch die Entwicklung des industriellen Herren- menschtums studieren. Aus dem jungen Fabrikanten, der sich gern familiär mit seinen Mitarbeitern unterhielt, auf ihre Vorschläge hörte, sie keinesfalls schroff ablehnte, in den Wohnungen seiner Leute „Blumenröschen“ trank und die Pfeife rauchte, wurde ein Mann, der sich jeden „Eingriff“, jede „Ansprache“ mit der Wüste eines moos- wüchsigen Jares verbat und selbsternannten Arbeitern das Tor wies. Er blieb bis an sein Lebensende der Meinung, durch Wohlfabri- cationen, auf deren Vernichtung die Arbeiter auch keinen tat- sächlichen Einfluß hatten, seinem Personal vollkommen genügendes Entgegenkommen gezeigt zu haben. Auch den mächtigen Emanzipations- bestrebungen der Arbeiter hand Krupp schroff abweisend, mit brutaler Unterdrückung drohend gegenüber. Als sich 1872 „die sozialdemokratische und die ihr verbundene (!) ultramontane-sozialistische Agitation“, wie sich Wühler in seiner umfangreichen Kruppbiographie ausdrückt, „insgeheim und offen, mündlich und in der Presse ihre Wühlerne“ auch in den Reihen der Kruppischen Arbeiter zu betreiben“, erließ Krupp einen Aufsat, „an die Arbeiter der Gussstahlfabrik“, der ihn als holdendsten Autoritäten kennzeichnet. „Wem nicht paßt, kann gehen.“ Er mußte dennoch erleben, daß das „Gift der Wühlerne“ Wurzel auch in seinem Herrschaftsgebiet fand. Statt sich mit einer Arbeiterverleumdung, wenn auch nur in Form eines Werkausflusses, ins Benehmen zu setzen, lehnte Krupp die geringste Einschränkung seines Absolutismus ab. Daß er ohne seine kräftigen hingebenden Mitarbeiter, ohne die Intelligenz und den Fleiß seines Personals seine großen Unternehmungen nicht durchführen konnte, scheint dem einzigen Völsfabrikanten nicht in den Sinn gekommen zu sein; er hat als Großindustrieller seine Arbeiter stets als ihm zu tiefstem Dank verpflichtete Untertanen behandelt. Als 1877 im Verfolg der durch die schwere Wirtschaftskrise entstandenen großen Notlage auch in der Essener Arbeiterbevölkerung sich gewerkschaftliche Verbesserungs-

bestrebungen hervorwagten, erließ Krupp abermals ein von schranken- losen Herrschenwutseigen gezeugtes Manifest gegen die Sozialdemokraten und Ultramontanen und maßregelte kurz darauf 30 Metallarbeiter, die sich als gewerkschaftliche „Nabelsticker“ hervorgetan hatten. Was wäre aber aus dem kleinen, Schmelzschüttelbesitzer Krupp trotz seiner großen Mächtigkeit geworden, wenn ihm nicht in der kritischen Frühzeit seines Unternehmens und später ebenfalls stets Arbeiter zur Seite standen, die für seine Interessen wirkten, als wären es ihre eigenen! Was sich dem oberflächlichen Beschauer als „Kruppsches Werk“ dar- bietet, das war und ist nicht die Tat eines einzigen Mannes, sondern es ist die Kollektivarbeit von Generationen. Ein überhebender Herrsch- sucht und Liebedienerei vor dem goldenen Kalbe äußert sich aller- dings anders.

Immerhin mußten seine Arbeiter und Beamten den „alten Krupp“ als einen Mann betrachten, der „von der Rite auf gedient“, außer- ordentliches für die Entwicklung der Firma geleistet hatte. Darum wurde seine Autokratie nur selten erbitternd empfunden. Seine Nach- folger wurden natürlich anders bewertet. Der erste, sein Sohn Friedrich, trat aber nicht mit dem Anspruch auf Unverletzlichkeit auf, sondern ver- mied das Herausheben des Herrschens. Er war ein Gemütskranke, von dem Leute, die es wissen können, erzählten, daß er seine „Welt- stellung“ als eine unangenehme Würde empfand. Die Werksleitung überließ er so gut wie vollständig einem schon von Alfred Krupp ein- gesetzten Direktorium, dessen Spitze, Herr Zende, bekanntlich eine der vornehmsten Spitzen des rückfälligen Schmarbancismus war. Ueberhaupt die Schneidigkeit! Sie hat sich immer mehr Haus- recht in den Werkstätten und Büros der Firma verschafft. Die schließlich maßgebenden Herren kühnsten mit Eingebung der mili- tärischen „Pist“ im Umgang der Vorgesetzten mit den Untergebenen. Dieser auf das allernötigste beschränkte Umgang nahm mit der Zeit immer schneidigere „dienstliche“ Formen an. Selbstverständlich ist keine Rede von irgendwelcher Anerkennung einer gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation. Tarifverträge mit den Gewerkschaften — „ach, halt, nichts ja gar nicht!“ Mit etwaigen Vorschlägen hinsichtlich betriebswirtschaftlicher Verbesserungen haben sich die Arbeiter und Unter- beamten „schäfflich“ zurückgehalten, item, der Herr Hühner und Arbeiterbesitzer brauche keine Rat schläge von Untergeordneten. Menschen von den ältesten Arbeitern und Beamten war dieser Luftwechsel nicht zutraglich. Statt des früher vielfach kollegialen Verkehrstones zwischen den Arbeitern und Meistern, zwischen diesen und den Untergeordneten usw. ist in zunehmendem Maße eine herrliche Sprache — schneidig, lich wird sie von den Nachgeordneten nicht gebildet — Gebrauch ge- worden. Das Gefühl der baren Bezahlung durchdringt immer stärker alle Werksabteilungen. Wie ein Märchen aus uralter Zeit klingen nun die Erzählungen der Kruppischen Veteranen von ihren gemü- tlichen Unterhaltungen mit dem „alten“ und dem „jungen“ Herrn Krupp. Zwar nehmen die Veteranen noch interessierten Anteil an den Geschehnissen auf „Villa Hügel“, aber den neuen Firmenchef, Herrn Krupp v. Wollen-Galbach, bringen sie keine Sympathien entgegen. Er wird angesehen als der Gönner gerade der oberen Beamten, die sich durch große Schneidigkeit nach unten hervortun. Wie viel das des Selbstgefühls der Arbeiter und Unterbeamten nicht selten verlebende selbstherrliche Auftreten der Werksleiter, in Verbindung mit den in der „Metallarbeiter-Zeitung“ oft beschriebenen häßlichen eigengen- Afforderschleudrungen, auch gewisse gesundheits- wie lebensgefähr- liche Werksausfälle zu dem ungeheuren Anschwellen der sozialdemokra- tischen Wühlerstimmen im Königsberg Krupp beigetragen hat, läßt sich natürlich zahlenmäßig nicht feststellen. Die ungemessene Agitation der Herren für die moderne Arbeiterbewegung ist aber sicher von sehr beträchtlicher Wirkung gewesen. Was jahrelangelange Wühlerne von außen“ nicht fertig brachten, „Kruppianer“ zum maßge- henden Anführer an die moderne Arbeiterbewegung zu bewegen, daß ist den Erben Kruppischer Kommandogewalt „von innen heraus“ gelungen.

„Schamlose Verleumdungen und Verhöhnungen, — giftiges Ge-
sind aus dem Hinterhalt, — schleichende Verleumdung.“
(„Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften.“)
„Ulpel der Heuschrecke, — Quertreiber, — Romschleicher.“
(„Tremonia.“)
„Tribale Verhöhnung, — Verleumdung, — Brunnenvergiftung.“
(„Donausküder Volkszeitung.“)
„Schurkenreich, — ewige Feinde und Schürer, — Rundgebung er-
schaffen.“
(„Nachener Volksfreund.“)
„Quertreiberelique, — schleichender Feind, — Unschändliches
Wüten.“
(„Augsburger Postzeitung.“)
„Unwürdige Spiel, — gelasslich, — feyerfugend, — feyerlicherisch,
Hinterlären, — Schleichwege.“
(„Wäzler Zeitung.“)
„Lüge, — Kriecherei, — Denunziantentum.“
(„Der Holzarbeiter.“)
„Zehntelanger Verhöhnungsfeldzug, — Berliner Verleumdungen,
— ungereimte, vielfältige, unaufhörliche Verhöhnungen, — Trei-
gerelen, — Verhöhnung räumliche Korrespondenz.“
(„Stegerwald.“)
„Die Krönung eines jahrelangen Verleumdungsfeldzuges, — den
Papst schmählich hintergehen, — wahrheitswidrige Anklagen, — große
Verleumdungen, — unerhörtes Vorgehen, — schmähliche Verhöhnung,
— verleumdende Anklagen, — Feyerlieder, — falsche, lügenhafte,
verantwortliche und unverantwortliche Maßgeber des Papstes.“
(„Wäzler „Christen“ und „Christen“blätter.“)

Die Berliner Richtung der Zentrumsleute kann anscheinend
bei diesem Schimpfturnier nicht so recht mit. Immerhin läßt
sich schon hören, was sie den M. Gladbacher Gewerkschaftskreisen
zu sagen hat. Es ist nicht viel, dafür um so faßlicher:

„Die Köhner Richtung ist rein gewinnlos von Lügen, Widersprüchen
und Konsequenzen, sie ist die größte Lüge in unserer gesamten
Parteilichen, — die Köhner-Gladbacher Spionage des Schmutzigen,
— intrigieren bei den Wäzler, — das Gebot der Mäßigkeit mit Fäulnis
gerieren, — infamste Mittel, — Lüge, — Massenverleumdungen, — solche
Gemeinheit, — hinfällige Verhöhnungen und Verleumdungen, — er-
drärmliche Wäzler, — Gelichter, — Unwahrheiten, Verleumdungen,
verleumdende Anklagen, — Ungeheuerlichkeit mit denunziatorischer
Spize.“

So urteilen die „Mün. Korrespondenz“, die „Germania“
und „Der Arbeiter“ über die lieben „christlichen“ Wäzler von der
anderen Fakultät. Wir Unbeteiligten konnten bei den gegen-
seitigen Liebesbetreibungen manches lernen; denn wo zweie sich
streiten, erfährt der Dritte allemal die Wahrheit. Das Bild,
welches die beiden Gruppen von einander entworfen, ist zwar
nicht schön anzusehen, es ist aber gut getroffen. So und keinen
Strich anders sehen jene Zentrumsblätter aus, die anderen
Leuten Moral und Anstand predigen wollen und die mit heuch-
lerisch verdrehten Augen vom „Sanherdentum“ der Sozial-
demokraten fasziniert.

Glossen zum Generalfreist der britischen Bergarbeiter.

Die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ hat mich auf-
gefordert, die in der deutschen Presse veröffentlichten Dar-
stellungen des Generalfreist der britischen Bergarbeiter kritisch
zu sichten und die zahlreichen Unrichtigkeiten, die über diese
große Bewegung des britischen Bergvolks in Deutschland kurs
erlangt haben, richtig zu stellen. Das ist keine dankbare Arbeit.
Denn wer die Vorgeschichte und Geschichte der Bewegung gut
kennt und mit den Weggeleiteten der handelnden Personen
intim vertraut ist, kann nicht umhin, ungebührlich zu werden,
wenn er Ausführungen und Urteile liest, die in vielen Fällen
direkt aus der Luft gegriffen sind und in anderen Fällen auf
ungenügender Information beruhen. Der Leser wird es des-
halb entschuldigen, wenn ich dem Unterhaltenden den Vorrang
gebe.

Die amüsanteste Geschichte des britischen Bergarbeiterstreiks
findet sich in der Münchener Halbmonatschrift „Janus“ (1. Mai
1912). Dort veröffentlicht ein Dr. M. Uebelhör (London) eine
Darstellung der Bewegung, die von einer phänomenalen Un-
kenntnis der Materie zeugt, aber auf der anderen Seite den
Vorzug einer schmeißenden, phantastischen Erzählweise auf-
weist. Der Verfasser will die Öffentlichkeit glauben machen,
daß der Premierminister Asquith vor dem Einbringen der
Minimallohnvorlage nur darauf gewartet habe, daß die Arbeiter-
vertreter von der Regierung die Verstaatlichung des Bergbaus
forderten. Und diese unfähigen Tölpel hätten nicht gemerkt,
wonach sich die liberale Regierung sehne, und hätten dann ein
Gesetz angenommen (in Wirklichkeit haben die Arbeitervertreter
im Parlament auf Verlangen der Bergarbeiterföderation gegen
die Minimallohnvorlage gestimmt), das den Arbeitern gar nichts
gebracht habe. Aber damit ist diese abenteuerliche Geschichte
noch nicht aus. Nach dem „Janus“ hat die konservative Oppo-
sition den Arbeiterführern das Angebot gemacht, mit ihnen die
Regierung zu stützen (über die Frage, wie dies der Widerheit
die Konservative und Arbeiterpartei im Parlament bilden,
möglich wäre, darüber setzt sich unser Dichter mit einem Magen-
sprung hinweg) und ihnen als Lohn die Erfüllung der Wünsche
der Streikenden, bis zur Verstaatlichung der Bergwerke, in Aus-
sicht gestellt. Und all diese blühende Poesie ist aufgebracht auf
den Ausführungen eines Liberalen und eines konservativen
Blattes; das erste, die liberale „Westminster Gazette“, nennt
er offiziös und das zweite, die konservative „Daily Mail“,
kennzeichnet er (hat man Wortel) als „halboffiziell“. Ein
solcher Schnitzer kann nur jemandem passieren, der die große
und reiche englische Presse mit den von den deutschen Scharf-
machern und der halbautokratischen deutschen Regierung aus-
gegebenen Wäzlerblättern und Heftblättern verwechselt. Der-
artige Blätter gibt es in England nicht. Das einzige Blatt,
das man als offiziös ansprechen könnte — und auch nur in bezug
auf das Auswärtige Amt — ist die „Times“.

Nun zu dem bescheidenen Fundament, auf dem der Verfasser
sein bis in die Wolken ragendes Turm aufbaut. In der Tat
hat die „Westminster Gazette“, das Blatt der liberalen In-
dustriellen, das den englischen Liberalismus in verzweiften
Fragen mit Gedanken versorgt, zur Zeit der Krise, als sich die
Grubenbesitzer von Südwales, Schottland und Nordengland ent-
schieden weigerten, den Minimallohn auch nur im Prinzip an-
zuerkennen, geschrieben, daß es die Aufgabe der Regierung sein
könne, die Gruben der Unternehmer, die sich weigerten, den ge-
richteten Forderungen der Arbeiter nachzugeben, zu verstaat-
lichen, und das Sensationsblatt, die „Daily Mail“, hatte einen
ähnlichen Gedanken ausgesprochen. Das war zu der Zeit, als
die Gerechtigkeit dieser Unternehmer allgemeine Entrüstung
herbortrieb und die Presse aller Parteien mit wenigen Aus-
nahmen auf einige Tage den Bergarbeitern wohlgesinnt war.
Man wollte den halstarrigen Grubenbesitzern Furcht einjagen,
daß sie aber nicht im Traume an die Erfüllung der Forderung,
was denn auch von dem geriebenen Scharfmacher D. L. Thomas
sehr gut verstanden wurde; mit demartigen Mädchen ließ er sich
nicht einschüchtern; er äußerte sich daher auch öffentlich, daß
er kein Parlament kenne. Aber selbst wenn dieser Schürer
Gedanke von der Regierung geteilt wurde, was es denn doch
noch ein großer Schritt bis zur Verstaatlichung der Bergwerke.
Übrigens hat erst kürzlich noch Herr Asquith einer Depu-
tation gegenüber schwere Bedenken gegen die Verstaatlichung der
Eisenbahnen, ein viel einfacheres Unternehmen als die Verstaat-
lichung der zahlreichen und ungleich entwickelten Bergwerks-
betriebe, geltend gemacht.

Doch verweisen wir einen Augenblick bei dem Gedanken der
Verstaatlichung derjenigen Betriebe, deren Besitzer nicht parieren
wollten. Die Mehrheit dieser Gruben gehört zu den wenig ein-
träglichsten Betrieben, während es gerade die Besitzer der großen
modernen Gruben waren, die den Arbeitern bereitwillig ent-
gegenkommen wollten. Gätte die Regierung nun die Drohung
der beiden Blätter ausgeführt, so wäre die Folge gewesen, daß
man dem Staate Bergwerke zu einem ungeheuren Preise —
denn dafür würden schon die in beiden Säulern der Verstaatlichung
vorhandenen Kapitalistenfreunde gefordert haben — minderwertige
Bergwerke aufkaufte, die schon in wenigen Jahren in dem Wett-
bewerb mit den um Doncaster und anderswo erschlossenen neuen
Grubenbetrieben, die schon in nächster Zeit jährlich 12 Millionen
Tonnen der besten Steinföhle fördern werden, den Geist aufgeben
müßten. Der Staat und seine Bergarbeiter sähen dann in einer
netten Patsche. Wichtig wäre, wenn man das Problem der Ver-
staatlichung umgekehrt ansah.

Doch lassen wir die Girngespinnste dieses Verfassers und
wenden wir uns einigen seiner Betrachtungen und Ausführungen
zu, die in vielen anderen ähnlichen oberflächlichen Aufsätzen an-
zutreffen sind. Er schreibt: „Ausgegangen ist die Streikbewegung
von Wales, das die geistig regsamste und die unenglichste Ar-
beiterbevölkerung der vereinigten drei Königreiche birgt.“ Das
ist halb richtig, aber auch nur in einem ganz anderen Sinne.
Ausgegangen ist die Bewegung von der Generalversammlung
der Bergarbeiterföderation, die letzten Herbst in Southport ab-
gehalten wurde und auf der eine ganze Reihe Grafschaftsvor-
stände, unter anderen der südwalisische, der von Lancashire, der
von Northumberland, ganz identische Resolutionen einbrachten,
in denen die Umwandlung des sogenannten Distriktsmindest-
lohnes in einen persönlichen Mindestlohn gefordert wurde. Diese
Resolutionen waren die Antwort auf das Verhalten der Unter-
nehmer, die auf der ersten Konferenz der Vertreter aller Berg-
arbeiter und Grubenbesitzer Großbritanniens, die je abgehalten
wurde, die Regelung der Frage der abnormen Stellen ab-
gelehnt hatten. Südwalles spielte hauptsächlich bei dieser
Kriegserklärung eine so große Rolle, weil in jenem Landesteile
wegen der äußerst unregelmäßigen Lagerung der Föhze die
Streitigkeiten über abnorme Stellen am häufigsten vorkamen
und weil dort am meisten Weibung erzeugt wurde. Die geistige
Regsamkeit der Wäzler ist eine Hypothese, die man nur zur
Hilfe nimmt, wenn man sich die natürlichen Vorgänge nicht er-
klären kann. Denn geistig regsam sind die Einwohner von
Wales auf keinen Fall. Sie haben den keltischen Charakter, viel
Phantasie, Veredsamkeit, und geben sich als Masse von Zeit zu
Zeit einer religiösen Ekstase hin, die plötzlich ohne wahrnehmba-
ren Grund in einen ebenso gründlichen Trauerzustand um-
schlägt. Man vergleiche ihre Haltung zu Anfang des Streiks
und am Ende bei der Abstimmung. Die geistig regsamsten Ver-
treter des britischen Grubenproletariats sitzen im Norden Eng-
lands und namentlich in Schottland. Dort kann man zu Tausen-
den Bergarbeiter finden, mit denen jeder Gebildete anregende
Gespräche über Politik, Kunst, Literatur und Wissenschaft halten
kann. In fast jeder Bergarbeiterfamilie ist ein Sohn, der tags-
über in den Gruben arbeitet und des Abends für einen der freien
Berufe oder zur Erreichung einer der höheren Posten im Ver-
bande studiert, was bei der demokratischen Gestaltung des alten
schottischen Bildungswesens nicht schwer fällt. Die schottischen
Grubenbeamten und Betriebsführer sind fast durchweg frühere
Bergarbeiter, weshalb auch der schottische Bergarbeiterverband
diesen erfahrenen und geschulten Leuten gegenüber bei Ver-
handlungen den schwersten Stand hat. Charakteristisch für
schottische Verhältnisse ist, daß einer der angesehensten Professoren
der Bergkunde in Glasgow, Professor Burns, ein Mann ist,
der bis zum 28. Lebensjahr praktisch in der Grube arbeitete.

Zu dem größten Unsinn der in dem „Janus“-Artikel ver-
zapft wird, gehört auch die Behauptung, die Bergarbeiter seien
„mit einem nachträglich formulierten, staatsmännlich unhalt-
baren Programm ausgerüstet“, in den Kampf gezogen. Gätte
sich der Verfasser weniger auf diese Phantasie und mehr auf die
allen leicht zugänglichen Dokumente verlassen, so hätte er wissen
müssen, daß die Forderungen, von denen die Arbeiter nie ab-
gelassen haben, mindestens sechs Wochen vor dem Streik auf
der Birminghamer Konferenz der nationalen Bergarbeiter-
föderation endgültig im Detail festgelegt wurden. Nicht minder
dünn mutet einen die Versicherung an, daß England in das
Fahrwasser Frankreichs geraten sei, dessen sprunghaft vorgehende,
geschickte den Augenblick nutzende Arbeiterföhre andere und wirk-
samere Werkzeuge für die Durchsetzung ihrer Interessen zu
finden wußte.“ Und die französische Bergarbeiterföhre, im Be-
sitz dieser „wirksameren Werkzeuge“ — das sind wohl die des
Syndikalismus — beneidet die englischen Kameraden um ihre
Errungenschaften und wollte, sie wäre so weit wie diese.

Doch genug des grausamen Spiels, diese bellastriatischen
Klugeen totzufahren. Manchmal ist es jedoch notwendig, mit
der Flegelklappe auf die Jagd zu gehen, wenn diese Tierchen
zu zahlreich auftreten und der Öffentlichkeit gefährlich werden
können. Nächste Woche werden wir uns mit der Kritik erstere-
r Verhandlungen über den britischen Bergarbeiterstreik be-
fassen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Macht des Bankkapitals.

Nach einer Zusammenstellung im „Reichsanzeiger“ verfügten 86
deutsche Kreditbanken am 30. April 1912 über 2½ Milliarden Aktien-
kapital. Die gesamten Aktien betragen über 13 Milliarden Mark.
Nämlich die Hälfte heider Summen entfällt auf die acht Berliner
Großbanken — Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Dresdener Bank,
Bank für Handel und Industrie, Schaaffhausenscher Bankverein,
Nationalbank, Kommerz- und Diskontobank, Mitteldeutsche Kredit-
bank. Verteilt man die Gesamtsumme auf die Großbanken und die
übrigen Institute, dann ergibt sich diese Übersicht:

	8 Großbanken	78 andere Banken
Aktienkapital	1 140 000 000 Mk.	1 387 305 000 Mk.
Reserven	365 838 000 Mk.	204 379 000 Mk.
Aktiven insgesamt	7 755 473 000 Mk.	5 623 611 000 Mk.

Diese Ziffern demonstrieren die in den Kreditbanken ruhende
Macht, insbesondere die gewaltige Überlegenheit der Großbanken. Diese
sind zum Teil untereinander, teilweise aber auch noch bei den übrigen
Banken dauernd beteiligt, so daß ihr Einfluß noch weit über das eigene
Kapital reicht. Die dauernde Beteiligung bei anderen Banken ergibt
in der Gesamtsumme 408,2 Millionen Mark; davon entfallen auf die
acht Großbanken allein 259,6 Mill. Mark. Leider gewähren die Bilanzen
kein reichliches Urteil über die industrielle Betätigung der Großbanken.
Der Besitz an börsengängigen Wertpapieren — außer Anleihen usw. —
stellt sich für alle Banken auf 181,9 Mill. Mark, für die Großbanken
allein auf 121 Mill. Mark. Die Summe der Debitoren beläuft sich
auf 2954,3 Mill. Mark. Die Ab- und Wüchsigkeitskreditoren figurieren
mit insgesamt 760,6 Mill. Mark, bei den acht großen allein mit 421
Mill. Mark. Die Bankgebäude, einschließlich Immobilien, repräsen-
tieren zusammen einen buchmäßigen Wert von 250,3 Mill. Mark, woran
die Großbanken mit 124,3 Mill. Mark partizipieren. In die vor-
stehenden Angaben nicht eingeschlossen sind die Zahlen von drei über-
seebankanten: Deutsche Orientbank, Deutsche überseeische Bank und
Deutsche Palästinaabank, sämtlich in Berlin. Deren Aktienkapital be-
trägt 82 Millionen Mark; sie verfügen über 11,4 Millionen Mark Reser-
ven und insgesamt 480,3 Mill. Mark Aktiven. Die Aktiven der 89
Banken zusammen ergeben pro Kopf der Bevölkerung 210 Mark. Nimmt
man an, daß das durch diese Banken in Bewegung gesetzte Kapital im
Durchschnitt nur 4 Prozent Zinsen einbringe, dann entspräche das dem
neuen Summen von 547 Millionen Mark als Tributpflicht der pro-
duktiven Arbeit.

Aus unseren Rechtsschutzbureaus.

Aus der Praxis der Abonnentenversicherung.

Der Beschluß des letzten Kongresses der freien Gewerkschaften,
in Gemeinschaft mit den Konsumgenossenschaften eine neue, eigene
Volls- und Lebensversicherung einzurichten, hat bei den Gegnern der
modernen Arbeiterbewegung Aufregung verursacht. Die Scharfmacher
fürchten von der Verwirklichung des Planes eine Vermehrung der
Machtmittel der Arbeiterföhre, eine Auffassung, deren Verwirklichung
wir heute nicht erörtern wollen. Auch die Regierung hat bereits ver-
lauten lassen, daß sie die Entwidlung des Projektes mit „besonderer
Aufmerksamkeit“ verfolge. Dazu kommen noch die bereits bestehenden
privaten Versicherungsunternehmen, die, um sich die gefährliche Kon-
kurrenz vom Hals zu halten, schon jetzt mit aller Macht Stimmung
gegen das Komende machen. In der bürgerlichen Tagespresse findet
der Plan denn auch wenig Sympathie, viel mehr aber eine Verhöhnung.
Sogar Zeitungen, die von der Neueinrichtung indirekt selbst Nutzen
haben, machen darin keine Ausnahme.

Wichtig ist nur, daß mit der Neueinrichtung den bestehenden Volls-
und Lebensversicherungsgesellschaften eine ganz besonders gefährliche
Konkurrenz entsteht, ein Zwed, den die meisten Gegner des Gewerks-
chaftskongresses nicht unterstreichen, sondern auch der Schmutzkongress
in der Zeitungswesen, der Abonnentenversicherung, nicht erheblicher Ab-
bruch getan. Besteres kann als sicher gelten, denn ein Versicherungs-
unternehmen der Arbeiterföhre kann und wird ganz andere Vorteile
bieten, wie die bestehenden Versicherungen. Dem Arbeiterunternehmen
stehen in ganz Deutschland zahlreiche organisatorisch geschulte Kräfte
zur Verfügung, die eine umfangreiche Beteiligung sichern. Es brauchen
keine riesenhaften Gehälter und hohe Lantienmen gezahlt zu werden.
Auch das Streben nach hohen Dividenden scheidet aus. Es soll und
wird eine Einrichtung für die Allgemeinheit sein, nicht zur Erzielung
hoher Geschäftserlöse. Darum werden bei abgestuften geringen
Beitragsleistungen die privaten Einrichtungen überboten werden
können. Das werden keine mehr als die „ganz billigen“ Abonnenten-
versicherungen zu spüren bekommen. Und das mit Recht! Das ganze
Abonnentenversicherungswesen ist ein Krebsgeschwür der Presse, ganz
besonders aber sind das die „extra billigen“ Einrichtungen. Wie weit
in bürgerliche Kreise hinein ist ein Widerwille gegen die Belastung
des Zeitungswesens mit der diesem absolut fremden Unfallversicherung
zu finden und es gibt viele Zeitungen, die lieber heute als morgen
die Einrichtung wieder abschaffen möchten. Im Geschäftsinteresse
glaubt man aber das Konkurrenzverhältnis mitmachen zu müssen.
Diese Presse hat Ursache, froh zu sein, wenn mit der Einrichtung einer
nicht mit der Presse verbundenen billigen Vollsversicherung dem Wett-
rennen ein Dämpfer aufgelegt wird. Nicht nur im Interesse der
Einhaftung des Zeitungswesens, sondern auch im Interesse des Vor-
kommens der unteren Stände und aus moralischen Gründen rech-
fertigt sich der Plan der Arbeiterföhre.

Wie wirtschaften denn die jetzigen Abonnentenversicherungen?
Selbst dann, wenn Klipp und Klar der Versicherungsfall vorliegt und
regelmäßige Abonnementszahlung erwiesen ist, wird in äußerst zahl-
reichen Fällen doch nicht gezahlt, weil diese oder jene der mit aus-
gesuchter Geschäftstraffik aufgestellten „besonderen Bedingungen“
nicht erfüllt sind. Das ist unmoralisch und weiter nichts als Aus-
beutung der Gepslogenhaften der Versicherten. Großsprecherisch werden
die Versicherungssummen zugesichert und mit aller Gründlichkeit die
auftretenden Ansprüche abzuweisen gesucht.

Als Probe über die in der Abonnentenversicherung üblichen Ge-
schäftspraktiken mögen folgende beiden Fälle dienen:

„Der Hausfreund“, ein Blatt, das in einer Gesamtauflage von
170 000 Exemplaren erscheint, sich als die „am meisten verbreitete poli-
tische Wochenchrift Deutschlands“ bezeichnet und in Ost-, Süd- und
Westdeutschland Geschäftsstellen hat, sichert den Hinterbliebenen seiner
Abonnenten für den Fall einer tödlichen Verunglückung 800 Mark
Unterstützung zu. Die Unterstützung löst auch dann, wenn der
Abonnementspreis hoch ist. Das sehen wir bei diesem Blatt mal wieder
bestätigt.

„Der Hausfreund“ bietet seinem Umfang und Inhalt nach nicht
mehr wie ein mittelmäßiger Generalanzeiger und würde, danach be-
urteilt, mit 3 Pf. pro Nummer oder 80 Pf. pro Quartal reichlich
bezahlt sein. Der Abonnementspreis beträgt aber pro Quartal 1,25
Mk., ist mithin gegenüber den Generalanzeigern um 80 Pf. zu hoch.
(Das Blatt erscheint wöchentlich nur einmal.) Unter Zugrundelegung
der Unkosten und des Abonnementspreises einer gewöhnlichen Tages-
zeitung bezahlen die 170 000 Abonnenten den „Hausfreund“ insgesamt
pro Quartal für Zeitungsherstellung und Zustellung 86 300 Mark, für
die Postung auf 300 Mark dagegen 146 000 Mark. Für die Aus-
zahlung der Unterstützungen sind aber für das zweite Quartal 1912
nur 15 000 Mark „bereitgestellt“. Selbst wenn man annimmt, daß
die 15 000 Mark hoch und ganz für Unterstützungen ausgegeben würden,
eine Annahme, die man wohl mit einem ganz großen Fragezeichen
versehen kann, haben, an dem Preis der Tageszeitungen gemessen, die
Abonnenten des „Hausfreunds“ für diesen immer noch 181 000 Mark
pro Vierteljahr zu viel bezahlt. Mag nun auch sein, daß das Blatt
als Wochenzeitung höhere Transport- und Postkosten hat, auf alle
Fälle aber zeigt obiger Vergleich, daß die Abonnentenversicherung
riesige Gewinne einbringt.

Niedrige Gewinne um so mehr, je verkauftelekter die „Bedingungen“
sind, welche die Abonnenten zu erfüllen haben. Wir greifen von denen
des „Hausfreunds“ einige heraus.

Den Hinterbliebenen eines Verunglückten werden die 800 Mark
nur dann gezahlt, wenn der Tod innerhalb zehn Tagen nach
dem Unfall eintritt, wenn er innerhalb drei Tagen per
Einschreibebrief gemeldet wird, wenn das Abonnement pünkt-
lich bezahlt ist und wenn: — „Nanu, langt das alles noch nicht?“
wird der Leser fragen. Nein! Es besteht noch eine besonders be-
achtenswerte Bedingung. Jedem Untzage auf Zahlung muß nämlich
ein Unfallchein beigelegt sein. Der Unfallchein ist bei jedem Quartals-
wechsel auf der dritten Seite des Blattes zwischen anderem Text
eingedruckt. Der Abonnent muß ihn fein säuberlich ausschneiden,
eigenhändig mit Tinte ausfüllen und dem Boten übergeben.
Dieser sendet den Ausschnitt zum Verlage. Dort wird er ge-
setzt und dann dem Abonnenten wieder zugestellt. Die Frist für Ablieferung
des Unfallcheins an den Boten umfaßt, wenn man die Nummer mit
dem Vordruck, welche bestimmt in den allermeisten Fällen erst nach
Weggang des Boten gelesen wird, abrechnet, nur einen einzigen Boten-
gang. Der Abonnent muß also alles danach einrichten, daß er den
Boten bei dem einzigen, für die Ablieferung des Scheines in Betracht
kommenden Gange auch erwischt. Wähligst das aber überföhrt der
Abonnent den Vordruck oder geht der Schein verloren, dann gibt es
keine 800 Mark. Selbst dann nicht, wenn sonst alle anderen Be-
dingungen erfüllt sind.

Noch am 12. Juni d. J. teilte der Verlag des „Hausfreunds“ den
Hinterbliebenen eines direkt tödlich verunglückten Metallarbeiters, der
das Blatt zehn Jahre lang bezogen und pünktlich be-
zahlt hatte, mit, daß allein aus dem Grunde, weil der Unfallchein
fehlt, nicht gezahlt würde.

Man sieht, die „besonderen Bedingungen“ bringen etwas ein. Es
werden eben unter den Lesern des „Hausfreunds“ sehr viele sein,
die da glauben, die Zahlung der Versicherungssumme könne doch im Ernst-
falle nicht von solchen Nebenbedingtheiten wie Unfallchein abhängig
sein und dieserhalb und aus Gleichgültigkeit nicht hinter dem Schein
herjagen. Auch mit dem rechtzeitigen Sterben innerhalb zehn Tagen,
der dreitägigen Meldefrist usw. wird es häufig hapern und damit
dem Verlag ein „Grund“ zur Abweisung von Ansprüchen gegeben sein,
die durch hohe finanzielle Leistungen erworben wurden.

Ein anderes Bild:
„Nach Feierabend“, ein Wochenblatt, noch viel verbreiteter als der
„Hausfreund“ und teurer, denn das Abonnement kostet pro Quartal
2,60 Mk., zahlt (wir wollen auch hier wiederum nur einzelne Be-
dingungen herausgreifen) Unterstützung nur dann, wenn der Verletzte

innerhalb 24 Stunden nach dem Unfall zum Arzt gegangen ist. Wie viele Fälle ereignen sich nun, bei denen dem Betroffenen erst später der Ernst der Verletzung zum Bewusstsein kommt oder bei denen die Folgen erst nach Tagen auftreten? Bei allen diesen sind die „Verletzungen“ verheerend. Verletzt sollte sie auch der Bergmann N. aus Langenreder haben, der auf der Grube einen Unfall erlitt, der seinen Tod herbeiführte. Vergebens beriefen sich die Angehörigen darauf, daß man doch einem kranken Menschen nicht die strikte Einhaltung der Bedingungen — der Mann war auch erst nach Ablauf von 24 Stunden zum Arzt gekommen — zumuten könne. N. hatte nichts! Der „Feierabend“ weigerte sich zu zahlen und bestritt auch noch den ursächlichen Zusammenhang des Verfalls mit dem Unfall, trotzdem dieser von der Knappschafts-Versicherungsgesellschaft bereits anerkannt war. Die Ehefrau des Verlebten mußte die Hilfe der Gerichte anrufen und erst, nachdem das Oberlandesgericht gesprochen, bequeme sich der Verlag zur Zahlung.

Nach beim „Feierabend“ muß ein üblicher Unfall innerhalb drei Tagen gemeldet werden. Hiergegen hatte die Witwe Schw. aus Langenreder bei Bochum verstoßen. Die Frau hatte über den plötzlichen Tod ihres Mannes, der außer ihr eine zahlreiche Kinderfamilie hinterließ, den Gedanken an den „Feierabend“ verloren und meldete den Unfall mit einigen Tagen Verspätung. In diesem Falle muß der „Feierabend“ doch eine gerichtliche Klage gegen sich haben, denn er zahlte der Frau drei Rente der Versicherungssumme, ließ sich dafür aber beschreiben, daß auf die fehlenden sieben Rente Verzicht geleistet würde.

Bei solchen Geschäftspraktiken in der Abonnentenversicherung, die absolut nicht vereinigt bestehen, muß man sich nur wundern, daß immer noch Bombengeschehen dabei gemacht werden können. Es gibt selber eben zu viele, bei denen alle Warnungen nichts nützen und die erst durch Schaden klug werden müssen.

H. A.

Aus den Vergewerbergerichten.

Gedächtnis!

Vor dem Vergewerbergericht zu Hamm wurde am 18. Juni die Klage des Bergmanns S. gegen die Zeche Mabbod wegen grundloser Entlassung auf Entschädigung für sechs Schichten verhandelt. Kläger hatte am 1. März d. J. auf Zeche Mabbod aufgetreten und auf einer anderen Zeche Arbeit angenommen. Infolge des Streiks wurde Kläger am 10. März entlassen. Am 21. März fing er bei einem Unternehmer an zu arbeiten, wo er bis zum 9. April in Arbeit blieb. Zum 11. April war Kläger Arbeit auf Zeche Mabbod zugeföhrt, die er an diesem Tage aufnahm.

Die Annahme war erfolgt, auch die der Abfahrtpapiere, die Kläger vom Unternehmer hatte; dies wurde in der Verhandlung vom Vertreter der Zeche Mabbod ausdrücklich bestätigt, die früheren Papiere des Klägers habe man nicht verlangt.

Am 2. Mai wurde Kläger ohne Angabe von Gründen plötzlich entlassen. Auch in der Verhandlung wußte der Zechevertreter für die Zahlung der Vermeidung keinen Grund anzugeben.

Als der Vorsitzende dieses Vorgehens bei dem jetzigen Arbeitermangel als ganz eigentümlich bezeichnete, sagte der Zechevertreter: „Wir erhielten am 2. Mai ein Schreiben vom Zecheverband, daß Kläger vom 1. bis 10. März auf einer anderen Zeche angelegt gewesen sei.“ Auf die Entgegnung, das habe aber mit der Entlassung und Entlohnung des Klägers nichts zu tun, wurde der Zechevertreter deutlicher, indem er ausführte: „Es ist doch eine Vereinbarung von den Zechen im Zecheverband getroffen, daß Arbeiter, die infolge des Streiks entlassen sind, nirgends eingestellt werden!“ Später fügte er noch hinzu: „Bis zum 1. Juli.“

Der Vorsitzende wachte sofort ab und sagte: „Das ist doch die private Angelegenheit der Zeche, die brauchen Sie hier nicht zu erklären. Wenn Sie sich vor solchen Arbeitern schämen wollen, dann müssen Sie das schon anders anfangen, um sich vor Kontraktbruch zu schützen. Zum Beispiel in Oberhausen, da tritt man vor der Anlegung mit jedem Arbeiter in einen Vertrag. Dort muß jeder Arbeiter einen Vertrag unterschreiben, durch den er bestätigt, daß er noch nie an einer Meßerei beteiligt war. Wenn sich nachher etwas anderes herausstellt, dann kann der Arbeiter jederzeit entlassen werden, ohne daß sich die Zeche strafbar macht. So kann man es auch beim Streik machen.“

Bei dem Vergleichsvorschlag führte der Vorsitzende noch folgendes aus: „Die Zeche ist Ihnen ja nicht böse, die stellt Sie auch wieder ein. Geld laßt, sagen wir 10 Mk.“ Bei dieser Gelegenheit schüttelte der Arbeitgeberbevollmächtigte mit dem Kopf, als wenn er sagen wollte: „Das gibt's nicht!“ Als dann das Urteil gefällt und die Zeche zur Zahlung von 33,00 Mk. verurteilt war, sagte der Vorsitzende: „Jetzt ist die Zeche verärgert und wird Sie sehr ernstlich einstellen.“

Ein bedenkliches Urteil.

Vor dem Vergewerbergericht Hamm wurde die Klage J. und 94 Genossen gegen Zeche Hermann verhandelt, denen mehr als der sechsfachen Gehaltsverdienst wegen Kontraktbruch in Abzug gebracht worden war. Der Zechevertreter, der den Einbruch eines Juristen machte, begründete das Vorgehen der Zeche Hermann wie folgt:

„Wenn der Monat 24 Arbeitstage hat und der Kontraktbruch hat in dem Monat 28 Schichten verfahren, dann teilen wir den Gesamtverdienst durch 24, nicht durch 28. Das ist dann der Tagesverdienst, wovon der 8 v unserer Arbeitsordnung spricht. Hiernach haben wir den Leuten nicht zuviel abgezogen. Die Gesellschaft Sibersma macht es auch so.“

Der Vorsitzende und auch der Arbeitgeberbevollmächtigte drückten über dieses Vergehen ihre Verwunderung aus. Auf Befragen erklärte der Arbeitgeberbevollmächtigte (Direktor der Zeche Werner a. d. L.): „Bei uns wird nach Schichten berechnet, so will es auch der allgemeine Sprachgebrauch.“ Diese Unrichtigkeit teilte auch der Vorsitzende in der öffentlichen Sitzung. Trotzdem wurden die Kläger mit ihren Klagen abgewiesen.

Aus den Unternehmerverbänden.

„Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in Geldnöten.

Der Breslauer „Vollmacht“ ist ein diskretes Zirkular der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zugegangen, aus dem zu entnehmen ist, daß auch dieses anspruchsvolle aufstrebende Scharfmacherorgan nur weiter existieren kann, wenn ihm die interessierte Großindustrie eine verlässliche Subvention in Form von Annoncen gewährt. Das Zirkular hat folgenden Wortlaut:

„Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung.“

Organ der Deutschen Arbeitgeber-Verbände.

Berlin S. 42, den 14. Mai 1912.

Einschreiben.

Die wirtschaftlichen Kämpfe, welche die deutschen Industrie nach und nach mehr und mehr auszuweichen hat, verlangen Zeitungen, die absolut für die Interessen der deutschen Unternehmer eintreten. Zu diesem besonderen Zweck ist kürzlich die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ auf Veranlassung der einzigen Arbeitgeber-Verbände gegründet worden. Sie hat sich in den acht Jahren ihres Bestehens — unter opferwilliger Förderung ihres Vaterlandes — zu einem von ihren Freunden geschätzten, von ihren Gegnern geachteten (?) Organ entwickelt und wagt heutzutage, manches Uebel von Industrie und Gewerbe abzuwenden, manche die Industrie und das Gewerbe fördernde Maßnahmen durchzuführen. Speziell aber der Fortschritt in der Organisation der deutschen Arbeitgeber ist zu einem wesentlichen Teile dem Wirken der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ zuzuschreiben.

Auf dem eingeschlagenen Wege zum Nutzen der deutschen Unternehmer soll die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ fortgeschritten und sich über die Grenzen ihrer 15.000 Abonnenten hinaus neue Anhänger, den Arbeitgeber-Verbänden weitere Mitglieder zuführen. Die zu diesem Zweck einzuleitende Propaganda ist mit großen Kosten verknüpft, die wir aus den Unternehmern bestreiten müssen; denn der niedrige Abonnentenpreis von 2 Mark pro Quartal, der sich bei korporativen Bezügen weiter ermäßigt, deckt nicht entfernt die Selbstkosten für Herstellung, Redaktion und Expedition. Es ist aber nicht angängig, immer wieder dieselben Firmen um Förderung des Unternehmens anzusprechen.

Wir wenden uns daher heute an einen kleinen Kreis größerer Industriellen und auch an die Kräfte, mit dem höchsten Ansehen und tatkräftigen Beistand in unserem Bemühen um die Förderung der Unternehmerrückkehr. Der gangbarste Weg würde die Zustimmung einer laufenden Anzeige sein, weil wir Ihnen in dieser

Hinrich vollwertige Gegenleistung zu bieten vermögen. Die Anzeigen, welche Sie in anderen Zeitungen usw. erscheinen lassen, werden in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ sicherlich nicht geringer, wahrscheinlich aber besser Wirkung haben, denn die 15.000 Abonnenten der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ sind durchweg interessierte Leser, und das nur die wichtigsten Erscheinungen des Blattes, im Verein mit seinem dauernden Interesse beanspruchenden Inhalt, liefern den Einzelnen eine nachhaltige Wirkung. Sie aber verbinden auf diese Weise das Gute mit dem Nützlichen. Sie machen Ihrer geschätzten Firma eine nützliche Bekanntheit und fräftigen ein Zeitungsunternehmen, dessen der deutsche Arbeitgeber künftig mehr denn je bedarf.

Wir lassen die heutige Aufschrift unter „Einschreiben“ gehen und bitten um diskrete Behandlung der Angelegenheit.

Mit aller Hochachtung

„Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung.“ Umlung.

Auf die Werkschließung, die das deutsche Unternehmertum dem Gebieth des Herrn Reichs teil zu teil werden läßt, wirft der Bettelbrief ein bezeichnendes Licht.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Englische Genossenschaftsbewegung im Jahre 1911.

Der Bericht über die Genossenschaftsbewegung in Großbritannien zeigt eine Reihe äußerst interessanter Ergebnisse. Während die Zahl der Genossenschaften im Jahre 1910 1557 betrug, von denen 1555 zur Statistik berichtet, ist die Zahl der Genossenschaften im Jahre 1911 auf 1581 zurückgegangen. Berichtet haben 1626 Vereine. Dieser Abnahme in der Zahl der Genossenschaften steht eine Steigerung der Mitgliedschaft von 2.681.709 auf 2.700.531 gegenüber. Während der Umlauf im Jahre 1910 2.27 Milliarden Mark betrug, stieg er im Jahre 1911 auf 2.36 Milliarden Mark. Dem Umlauf von 245 Millionen Mark im Jahre 1910 standen 1911 261 Millionen Mark gegenüber. Getrennt betrachtet, gestaltet sich das Ergebnis für die Hauptgruppen innerhalb des britischen Genossenschaftsbundes folgendermaßen: Die beiden Großkaufmannschaften hatten einen Umlauf von 720 Mill. Mark mit einem Uberschuß von 20,4 Mill. Mk. 1407 Konsumvereine hatten 2.400.000 Mitglieder mit einem Umlauf von 1,52 Milliarden und einen Uberschuß von 238,5 Millionen Mark. Arbeitsgenossenschaften waren 112 mit 32.110 Mitglieder vorhanden, die einen Umlauf von 87 Millionen und ein 4,5 Millionen Mark Uberschuß erzielten. Die Konsumvereine erhöhen ihr Geschäftsguthaben um 83,5 Millionen Mark auf 878,5 Millionen. Das aufgenommene Kapital stieg auf über 100 Millionen Mark. Die Uberschüsse betrugen auf 48 Millionen Mark an. In Land, Gebäuden und Maschinen sind bei den englischen Konsumvereinen ca. 200 Millionen Mark investiert. Die Zahl der Angestellten in den Konsumvereinen belief sich auf 90.947. Davon entfielen 67.115 auf die Verteilungsarbeit und 23.832 auf die Produktion. Als Gesamtergebnisse wurden 108,5 Millionen Mark gebildet. Aus dem Uberschuß der Konsumvereine von 238 Millionen Mark wurden 2 Millionen Mark für Erziehungszwecke und über eine Million Mark für gemeinnützige Zwecke verwendet. 70 Genossenschaften betrieben im Jahre 1911 Landwirtschaft. Der Gesamtumsatz der englischen Großkaufmannschaft belief sich auf 560 Millionen Mark. Die Gesellschaft arbeitete mit 73 Millionen Mark Uberschuß und 37 Millionen Mark eingezahlter Geschäftsguthaben. Der Uberschuß der englischen Großkaufmannschaft betrug ca. 13,6 Millionen Mark. Die schottische Großkaufmannschaft brachte es auf einen Umlauf von 160 Millionen Mark. Die Bedeutung der beiden Großkaufmannschaften gehen auch sehr auf die Zahlen der beschäftigten Personen und der gezahlten Löhne. Die englische Großkaufmannschaft beschäftigte 2098 Personen, die schottische 2307 Personen. Diese Zahlen beziehen sich auf die in der Warenverteilung beschäftigten Personen. In den Produktivbetrieben der englischen Großkaufmannschaft arbeiteten 10.938 Personen, deren Löhne 13,6 Millionen Mark betrugen. Für die schottische Großkaufmannschaft lauten die entsprechenden Zahlen: 5814 Personen und 5,4 Millionen Mark. Der von den Arbeitsgenossenschaften im Jahre 1911 erzielte Umlauf belief sich auf über 67 Millionen Mark, der Uberschuß auf ungefähr 4 1/2 Millionen Mark; beschäftigt wurden 9088 Personen.

Von besonderem Interesse sind bei dem Bericht der britischen Genossenschaftsbewegung die Mitteilungen über die Tätigkeit der einzelnen Kommissionen. Die Bildungskommission hat im Jahre 1911/12 12.467 Kurse ins Leben gerufen. In diesen Kursen nahmen 18.868 Personen teil. 747 mehr als im Vorjahre. Der Bericht der Bildungskommission zeigt den deutschen Konsumgenossenschaftlern deutlich, wieviel unsere deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung noch zu leisten hat. Gemessen an den 2 Millionen Mark, die die englische Genossenschaftsbewegung für die Fortbildung bereitstellt, sind die in Deutschland zur Verfügung stehenden Mittel noch gering. Jedenfalls haben die englischen Genossenschaftler die Bedeutung des Fortbildungswesens für ihre tätigen Mitglieder erkannt. Eine Bewegung von so großer materieller Bedeutung, wie sie die Konsumvereinebewegung ist, muß auch auf dem Gebiete der Fortbildung Großes leisten, um so mehr, weil sie auf staatliche Unterstützung verzichtet. Allerdings dürfen die deutschen Genossenschaftler mit Recht darauf hinweisen, daß in den zehn Jahren deutscher Konsumvereineorganisation schon vieles geleistet wurde, und daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine die Gewähr zur Weiterentwicklung bietet.

Knappschaftliches.

Beschimpfungen der Knappschaftsvorstandsältesten.

Daß die Wut der Streikbrecher bis zur Siedehitze gestiegen ist, läßt ein Artikel erkennen, den sich die Bochumer „Westfälische Volkszeitung“ aus „Vergarbeiterkreisen“ hat schreiben lassen. In diesem Artikel ist von dem „schier unglaublichen Arbeiterverrat“ die Rede, den die Vorstandsältesten begangen haben sollen. Ferner werden sie „wackere Genossen“ genannt, die „mit den Unternehmern in schöner Harmonie im Knappschaftsvorstand sitzen.“ Weiter werden die Vorstandsältesten „rote Schwärzer“, „Hrzenhelden“ genannt, welche „dieses Mal so recht gezeigt haben, welch Geistes Kinder sie sind und zu welcher Schurkerei sie fähig sind.“ Sie hätten „den Unternehmern hilfreiche Hand geleistet, um die Rechte der Mitglieder zu beschneiden“, wobei das „harmonische Verhältnis zwischen Unternehmern und Genossen zum Ausdruck kam.“ Weiter heißt es in dem Artikel: „Man will in dem friedlichen Zusammengehen mit den Unternehmern nicht gestört sein. Zurecht will man so weiter du sein zum Schaden der gesamten Vergarbeiterchaft. Den Unternehmern kann dies ja nur angenehm sein; denn willfährigere Knechte als die sozialdemokratischen Größen im Knappschaftsvorstand zu Bochum werden sie niemals bekommen.“ Dann ist von der „roten Gesellschaft“ die Rede, der „von den Altesten des Gewerkschaftsverbandes das Harmonische Verhältnis mit den Unternehmern und ihr arbeitserleichterndes Handeln vorgehalten wurde.“ Schließlich heißt es in dem Artikel: „... das verärrliche Vorgehen der roten Helden, welche die Interessen der Vergarbeiterchaft mit Füßen getreten haben, grenzt nahezu an Uhnlichkeit. Goffentlich ziehen die Vergarbeiter die notwendigen Lehren daraus und geben den Genossen die richtige Antwort; denn nur die roten Vorstandsältesten sind schuld daran, daß die Lage der Vergarbeiter auf knappschaftlichem Gebiete von Tag zu Tag schlechter wird.“

Diese maßlosen Beschimpfungen und Beleidigungen nehmen die Vorstandsältesten nicht ruhig hin, sie haben bereits die nötigen Schritte eingeleitet, um der „Westfälischen Volkszeitung“ Gelegenheit zu geben, ihre Schmierereien an Gerichtsstelle zu vertreten und auch die „Verärrereien“ der Vorstandsältesten zu beweisen. Dabei wird sie aber ihr blaues Wunder erleben. Es ist nur schade, daß der feige Verleumder sich nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Wenn sich die „Westfälische Volkszeitung“ aber zum Sprachrohr solcher Subjekte macht, muß sie auch die Folgen ihres Handelns tragen.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Minister Wittenbach. Beim Abbau der Kohle werden hier vielfach die Schichtarbeiter verwendet. Ob das Gehirge gut oder schlecht ist, danach wird nicht gefragt. Es ist z. B. im Revier 5 (Kohlennummer 101) das Gehirge steil ansteigt sehr schlecht. Dabei laufen

nach die Vergewerker. Daß man bei dem dadurch entstehenden Radau vorsichtig arbeiten muß, ist selbstverständlich. Wenn nun die Leute ein anständiges Gehirge verlangen, damit sie was verdienen können, dann heißt es beim Fahrsteiger Meinhardt: „Es kommt kein Gassen dabei.“ Trotzdem man hier nichts verdienen kann, wird man noch gefragt, ob man lieber schichten verfahren will. Dann brauchen die Grube auch nicht gerade während der Schicht über 400000 getrieben zu werden. Auch könnte gefordert werden, daß die Verleumdung schnell aus der Grube kämen und nicht wie ein Revier 4 passiert ist, wo der Unfall sich um 8 Uhr abends ereignete und der Verleumdung erst um 9 1/2 Uhr am Tage war.

Zeche Alte Haase. Am Samstag, den 18. Juni, verunglückte in der Morgenschicht auf der vierten Sohle im Revier des Steigers Franzke der Schichtführer Fritz Risse. Im nun die Vergewerker bei der Unternehmung einige Fingerzeige zu geben, wollen wir folgendes zur Aufklärung beitragen: Der Kamerad Risse war auf der vierten Sohle, einbittig, an einem ungefähr 80 Meter hohen Stapel unten auf der Sohle beschäftigt. Hier wird der volle Wagen mit einem leeren abgehoben. Wenn nun bloß volle Wagen heruntergebrannt werden, ohne daß man leere benötigt, so muß der Anschläger den Wagen von dem Morbe schieben, er muß also hinter dem Wagen her über den Morb gehen, weil ein Mann nicht imstande ist, dort einen Wagen abzugeben. Am Samstag war nun der Kamerad Risse damit beschäftigt, die heruntergebrannten vollen Wagen abzugeben. Als er einen Wagen schon vom Morbe hatte, wurde der Morb in die Höhe gehoben und der Kamerad Risse zwischen Morb und Zimmerung gefesselt. Der Unterführer lag auf dem Morbe, während der Oberführer herunterging. Es wird jetzt vom Steiger Franzke, welcher selbst die Maschine bediente, behauptet, es sei von unten geklopft worden. Aber nach Lage der Sache war dieses nicht möglich, denn von der Seite, wo das Gänge sich ergiebt, konnte der Anschläger nicht klopfen. Er mußte sonst sofort „auf“ geklopft haben, als der Morb herunterkam und dann erst den Wagen abgehoben haben. Uns scheint, daß die Sache so liegt. Die Kohlenlager, die Steiger R. jeden Tag veranlaßt, trägt hier die Schuld. Das Abbremsen der Wagen, welches sonst die Schleppe befürsorgen, ging dem Steiger R. nicht stoff genug, deshalb ging er an die Maschine. Wir wollen nun annehmen, daß sich R. in dem Gänge befunden hat, es sei geklopft worden. Aber derjenige, welcher weiß, wie Steiger R. hinter den Morb her ist, wer schon beobachtet hat, wie er des Mittags am Schachte herumrennt, oft eine halbe Stunde lang den Hammer in der Hand hat und das Klopfen für den Anschläger übernimmt, der kann auch zu der Annahme kommen, daß der Steiger R. auf seinem Wege oben an der Maschine hörte, wie der Wagen von dem Morbe geschoben war und sofort den Morb wieder hochgezogen hat. Dem Steiger R. möchten wir raten, lieber zu sorgen, daß die Strecken im südlichen obersten Abhauen in einen solchen Zustand versetzt werden, daß dieselben ohne Gefahr befahren werden können, was bis jetzt nicht der Fall ist.

Zeche Wrenberg Fortsetzung. Die Maschine ist hier ziemlich gut eingerichtet, die Zahl der Drausen ist auch ausreichend, nur laufen zu wenige. Manchmal laufen nur etwa 16 Drausen, so daß es den Arbeitern nur schwer möglich ist, sich ausreichend zu waschen. Dem Uberschuß fände leicht abgehoben werden. Auch läßt die Pünktlichkeit bei der Seilschaft zu wünschen übrig; morgens wird schon 5 1/2 Uhr damit begonnen, aber abends müssen die Arbeiter meist bis 10 1/2 Uhr warten, bis die Ausfahrt beginnt. Verstaft wird ebenfalls sehr viel und zwar werden Strafen von 3, 4, 5 und 6 Mark verhängt. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß mit so harten Verurteilungen nur das Gegenteil von dem erreicht wird, was erreicht werden soll. Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten wird nicht besser, sondern schlechter. Es kommt es auch, daß diese Zeche immer mehr zum Taubenschlag wird. Das liegt aber weder im Interesse der Zeche noch der Arbeiter. Am 15. Juni standen Arbeiter bis 4 1/2 Uhr auf der Zeche und warteten auf den Betriebsführer, um von ihrem Abblungsrecht Gebrauch zu machen. Den Arbeitern der Millageschicht wurde anheimgestellt, nach vollbrachter Schicht zu kündigen, da der Betriebsführer nicht alle abfertigen konnte. Jedenfalls ist das alles ein Beweis, daß die Schiedsungen des „christlichen“ Werksagenten Witsch nicht zureichend sind, sonst gingen die Arbeiter nicht in solcher Zahl laufen. Der Mittagsteiger im Revier 5 zeichnet sogar mit Kreide an, wo die Arbeiter ihre Arbeit begannen. Als Penium verlangt er, daß für zwei fünfstufige Schichtarbeiter abgehoben werden soll. Das ist ein in der Schichtführerschaft etwa 8 Fuß Mächtigkeit und muß die Kohle durch Schichtarbeit gewonnen werden. Macht ein Schicht nicht gut, so ist es manchmal unmöglich, für zwei fünfstufige Schichtarbeiter Platz zu bekommen, und die Arbeiter werden als Faulenzer hingestellt. Man sollte doch den Bogen nicht allzusehr überbücken.

Zeche Wrenberg bei Marl. Der Himmel auf Erden wurde den in Sächsen angeworbenen Kameraden versprochen. Es ist aber nicht alles Gold was glänzt. Daß konnten die sächsischen Kameraden am besten sehen, als sie eine Woche angefahren waren. Es war ihnen versprochen worden, daß sie die ersten zwei Monate, bevor sie einen vollen Lohn erhalten hätten, jede Woche einen ausreichenden Vorschuß erhalten sollten. Statt eines Vorschusses erhielten die Kameraden einen Lebensmittelschein bis zur Höhe von 10 Mark, auf dem sie die Lebensmittel in einem ausgewiesenen Laden holen und die ganze Woche damit auskommen müssen. Will man einen Geldvorschuß, so ist das mit allerhand Schwierigkeiten verknüpft, denn die Herren Vorschußschreiber zu treffen, ist wirklich eine Kunst, und wenn der eine da ist, ist der andere in Sächsen. Auf dem Vorschufschein, der auf 5 Mark lautet, sollen wenigstens zwei Unterschriften vorhanden sein und was man da noch alles anführen muß! „Da sind uns wieder Leute mit Vorschuß ausgehissen!“ spricht der Herr Fahrsteiger, „und mehr können wir nicht geben.“ Aber warum reichen denn die Leute von dieser neuen sächsischen Zeche aus? Daß die sächsischen Kameraden das Aussehen nicht gewohnt sind, erzieht man daraus, daß sie in Sächsen 10 bis 20 Jahre auf einem Schacht gearbeitet haben, aber verhungern wollen sie eben nicht. Das schämte von allem ist, wenn man mit dem durch die vielen Unterschriften beglaubigten 5 Mark-Vorschufschein ausgerüstet, vor den Schalter des Herrn Auszahlers kommt. Da heißt es, er ist recht Geduld zu haben und warten — und wenn die Leute dann lange genug gewartet haben, macht der Herr Auszahlender endlich das Fenster auf und teilt mit, daß sie erst ums Geld nach Neudorf gehen telegraphisch hätten. Da wundern sich die Herren, daß einige Kameraden, die so etwas nicht gewohnt sind, endlich genug kriegen und die Brocken hinwerfen. Auch über andere Mißstände wird Klage geführt. Es sind in erster Linie die Sicherheitslampen. Dieselben werden fast so ausgehändigt, wie man sie abgegeben hat, nur das Glas ist etwas gereinigt worden. Es dauert manchmal eine halbe Stunde, bevor die ausgehändigte Lampe wieder so weit hergestellt ist, daß man einfahren kann. Röhrt aber so eine Lampe in der Grube aus, so kann der Kamerad die ganze Schicht ohne Licht, nur mit Beileuchtung eines anderen Kameraden arbeiten. Es ist sogar ein Fall vorgekommen, wo ein Kamerad von der Nachtschicht so lange vor seiner Arbeitsstätte verweilen mußte, bis die Kameraden von der Frühschicht ihm das liebe Licht gebracht hatten, daß er endlich um 9 Uhr ausfahren konnte. Das Gedränge behält man manchmal nur eine Schicht. In der zweiten Schicht kann man das Gedränge nicht mehr finden, es ist spurlos verschwunden. Auch das Strafenwesen hat hier in der neuen Heimat seinen Eingang gefunden. Wegen einem Bröckel Stein 1,50 bis 3 Mark Strafe! Es heißt, unreine Kohle geladen. In diesem Falle zeichnet sich der Herr Fahrsteiger Stadt am besten aus. Er willt wie ein Maulwurf in den Kohlenwagen und wehe dem betreffenden Kameraden, wenn er ein Bröckel Stein gefunden hat! — Ein ernstes Wort an euch gütliche Kameraden, die sich beim Vertrauensmann des Vergarbeiterverbandes noch nicht gemeldet haben: Tut das sofort! Rufft Wochen lang haben wir in Sächsen ohne Unterbruch, ob Deutsche, Böhme oder Polen, Schalter an Schalter gegen das arbeitende Kapital geklopft und denselben Kampf auch hier in der neuen Heimat fortzusetzen, welchen wir nur durch eine Parole: Sincin in den Verband der Vergarbeiter Deutschlands! siegreich beenden können.

Zeche Franziska und Walsdorf. Hier stehen die Arbeitswilligen in hohem Ansehen; auf bloße Angaben, daß sie dieselben schief an gesehen haben sollen, werden alte, erkrankte Arbeiter entlassen. Gegen hört man nichts, daß ein Arbeitswilliger zur Nachschicht gezogen werden soll; der vom Steiger beim Kohlennehmen von einer anderen Kameradschaft abgehängt wurde. Gilt nicht für alle das gleiche Recht? Dann ist es hier ein junger Hilfssteiger R., dem nicht genug geleistet werden kann. Ob dessen Leistungen früher, als er noch Arbeiter war, so außerordentlich waren, ist den Kameraden nicht bekannt geworden. Er hat sogar angeordnet, daß die Leute von der 5. Sohle warten müssen, bis die Leute von den anderen Sohlen aus gefahren sind. Ebenso schreibt er den Arbeitern den Weg von und zur Arbeit vor, unbekümmert, ob dadurch größere Schwierigkeiten für den einzelnen entstehen. Ebenso ist es jetzt mit der Verköhlungsarbeit. Die Leute, die sonst zur 5. Sohle fahren konnten, müssen jetzt, so lange er das Revier leitet, zur 2. Sohle fahren. Der Herr sollte doch bedenken: Alzu scharf macht's fertig.

Sehe Hannibal II. Dem Fahrsteiger H. können die Arbeiter auch nicht genug leisten, weil er sagt, nicht dampft, der zu seine Arbeit nicht. Er sagt zwar, die Leute sollen jetzt 6,50 Mk. verdienen, doch werden die Arbeiter so oft gewechselt, daß es gar nicht möglich ist. Der Betriebsführer Hr. hat selbst zugestanden, daß die meisten Leute wieder abgingen, die nicht in der Kolonie wohnen, ein Beweis, daß sie nicht zufrieden sind und sein können. Ueber die Unzufriedenheit der beiden Fahrsteiger G. und W. wird ebenfalls Klage geführt. Döfentlich genügen diese Hinweise, um Besserung zu veranlassen.

Sehe Frühliche Morgenstunde. Das Ueberfließen des Herrschers auch hier; jede Woche verfährt die Morgenstunde eine halbe Ueberfließen; außerdem werden noch doppelte Schichten verfahren, so daß es schwer fällt, die 80-88 Schichten im Lohnbuch haben. Die ganze Lohnaufzeichnung offenbart sich in Ueberfließen. Die Beamten suchen die Arbeiter zum Verfahren von Ueberfließen zu bewegen; da wird den Arbeitern, welche sich weigern, Ueberfließen zu verfahren, in Aussicht gestellt: Verlegung in andere Arbeit, Nebenzugung der Gedingen, ja sogar Bestrafung. In den Querschlägen und Abteilungsstrecken hat das Wasser nicht immer genügenden Abzug, sammelt sich an, so daß die Arbeiter bis über die Knie hindurchstecken müssen. Die Seilfahrt nach der 4. Sohle ist manchmal schon um 5 Minuten vor 6 Uhr beendet; Leute, die ihre Lampen und Markennummer nicht so schnell erhalten können, müssen nach Hause gehen, sie sollen früher kommen, heißt es. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß allzu scharf schärfen macht. Gewiß muß in einem Betrieb Ordnung herrschen. Aber ein derartiges Vorgehen kann doch nicht hindern, daß sich der eine oder andere Arbeiter mal etwas verspätet, hat also nicht viel Zweck. Auch steht die Strafe (Schlichtverbot) in keinem Verhältnis zu dem Verschulden. Ebenfalls ist es recht wenig angebracht, Leute, die kaum mehr einen trockenen Faden am Leibe haben, noch als Faulpelze und Dickschäpfer hinzustellen. Das erzeugt nur Erbitterung und hat keinen Zweck, denn mehr geleistet wird darum nicht, im Gegenteil, den Leuten wird die Arbeitsfreude genommen. Leider können das die meisten Beamten nicht begreifen, obwohl sie selbst Arbeiter waren.

Sehe Hugo I und II. Auf der 5. Sohle müssen hier die Arbeiter, um ihr Gedinge zu erhalten, über die letzten Wagen turnen und besteht dadurch Gefahr, daß sie mit dem schweren Gedinge sich selbst und andere verletzen können. Hier wäre leicht Abhilfe möglich. Der Betriebsführer dürfte mittags auch so früh wiederkommen, daß die Leute der Mittagsstunde noch vor der Einfahrt mit ihm sprechen könnten. Auch die Leute, welche den Kündigungsschein abholen wollen, müssen vergebens warten. Die Arbeiter verlieren oft eine Schicht, weil der Betriebsführer mittags zu lange ausbleibt. Im Winter 7 (Steiger 3), Mitteilung II, steht das Gedinge viel zu niedrig. Die Strecken sind so niedrig und schief, daß die Wagen förmlich hindurchgezwängt werden müssen. Wollen die Arbeiter die Strecken etwas höher bauen, gibt es nichts dafür; 65 Pf. wird nur für den Wagen Kohlen gezahlt, damit muß der Stempel gutleben sein, Weitergeld ist keine Waise mehr. So steht es mit der angeblich in Aussicht gestellten Lohnerhöhung aus!

Sehe König Ludwig IV und V. Welche Mittel hier angewandt werden, um die Arbeiter zum Verfahren von Ueberfließen zu veranlassen, zeigt folgender Ausfall: Am Samstag, den 15. Juni fährt die Morgenstunde um 3-4 Uhr, die Mittagsstunde von 12-12½ Uhr und die Nachtschicht von 8½-9 Uhr an und am Sonntag morgen um 4½ Uhr aus. Man hat die Anfangszeit verlegt, um das Verfahren von vollen Ueberflößen zu ermöglichen, da die meisten Arbeiter für eine Dreiviertelstunde bei gewöhnlicher Anfahrtzeit nicht zu gewinnen waren. Das geschieht nur, um möglichst viel Kohlen zu fördern und wollen Arbeiter, die am Verbaufen sind, auch anfahren, sagt man ihnen, sie könnten auch Kohlen hauen. Statt sich entschieden gegen das Ueberflößen zu wehren, drängen sich leider noch viele Arbeiter dazu, auf Kosten ihrer Gesundheit.

Sehe Tremontia. Auf dieser Sehe fand am 8. Juni eine Ausschüttung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die neuen Wagen im Vergleich zu den alten Wagen bezüglich der Anzahl. 2. Vergleichende Anordnungen über Ausbau und Weiterführung betreffend. 3. Verschiedenes. Veranlassung zum ersten Punkt war die Einführung größerer Wagen. Laut damaligem Anschlag sollen die neuen Wagen einen Inhalt von 7,70 hl haben; nachdem die Wagen geleert sind, stellt sich heraus, daß die Wagen einen Inhalt von 8,80 hl haben. Hieraus entnimmt die Belegschaft, daß sie getäuscht worden ist und zwar zu ihren Ungunsten. Inspektor Alvermann erklärte, bevor der damalige Anschlag, die neuen Wagen sollten einen Inhalt von 7,70 hl haben, erfolgt sei, habe er, der Betriebsführer über Tage, der Schichtmeister und ein Arbeiter den Inhalt der neuen Wagen festgestellt. In einem kleinen Wagen wären 47, in einem großen Wagen 59 Liter eingegangen. Bei der Berechnung hätte man den Inhalt der kleinen Wagen 8,15 oder 8,20 hl zugrunde gelegt. (Kellere Kameraden wissen, daß vor dem Umbau ein Anschlag gehängt hat, daß die kleinen Wagen einen Inhalt von 6,20 hl haben sollten). Die Berechnung mit den Einern deckt sich mit dem damaligen Anschlag, die neuen Wagen seien um 0,20 hl größer wie die kleinen Wagen. Der Gleichrichter hat aber herausgefunden, daß die Wagen 8,80 hl und nicht 7,70 hl groß sind. Ein Ausschüttungsglied sagte zum Inspektor Alvermann: „Laffen Sie doch einen kleinen Wagen eichen, dann läßt sich doch feststellen, ob die Belegschaft getäuscht worden ist oder nicht.“ Hierauf erklärte Inspektor Alvermann: „Das habe ich nicht nötig, wenn das nicht paßt, der kann kündigen.“ Zum zweiten Punkt hatte der Ausschüttung einen Antrag eingebracht, den Sicherheitsmännern eine Abschrift über bergpolizeiliche Anordnungen zu überlassen. Für die Sehe Tremontia bestehen keine bergpolizeilichen Anordnungen, folglich können den Sicherheitsmännern keine überlassen werden. Zu Punkt Verschiedenes wurde in einigen Punkten Aufschlag gemacht. Das Fehlen der Materialien soll aufhören. Die Lohnzahlungen sollen verbessert werden, auch soll die Nachtschicht nach beendeter Schicht ausgelöst werden, wenn die Direktion die Zusage gibt. Ferner soll für die hinteren Abteilungen im 7. Bau eine Gehäube errichtet werden. Auch wurde vom Ausschüttung die Kontraktbruchstrafe und die Möglichkeit auf Urlaub — Ferien für die Belegschaftsmittelglieder — angesetzt. Der Inspektor Alvermann erklärte, es wäre wertlos, über diese Punkte einen Antrag einzubringen, denn bei Deutsch-Lugenburg bekämen die Beamten nicht einmal Urlaub.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

Grube Johannes Henriette bei Aufseburg. Auf dieser Grube wird das Arbeitsverhältnis immer unerträglicher. Die Förderwagen sind in einem derartigen Zustand, daß sie nur unter der größten Kraftanstrengung fortbewegt werden können. Aber wehe denjenigen, die bei diesem Zustand nicht infand sind, den Dobrich (Zahl) zu schaffen. Zur Strafe bekommen sie den schon niedrigen festgesetzten Lohn nicht ausgezahlt. Wenn das nicht paßt, der mag in das Kontor kommen, d. h. seine Papiere holen. Eine recht fragwürdige Lohn-erhöhung hat die Verwaltung im vergangenen Jahre eintreten lassen. Der Schichtlohn ist um 50 Pf. erhöht worden. Dafür sind aber statt der 5 hl-Wagen, die 6 hl-Wagen eingeführt worden, so daß die Kameraden noch 34 Pf. Schaden haben. Im den Dobrich bei den großen Wagen zu schaffen, wird mit einer Last und Anstrengung geachtet, die die Sicherung von Gesundheit und Leben schwer gefährdet. Vor kurzer Zeit erst haben sich innerhalb 14 Tagen drei Unfälle ereignet. Auch kommen fortgesetzt Klagen über schlechte Behandlung. Wir können Herrn Kohn, den Leiter der Grube, nur dringen raten, daß er sorgen, daß das Arbeitsverhältnis der Arbeiter erträglicher gestaltet wird. Durch Verlegung mitleidiger Arbeiter an schlechtere Arbeiten wird es nicht besser. Auch kann man damit die Kritik nicht unterbinden und die Organisation ausrotten. Bessere Löhne, besseren Lebenslohn, kürzere Arbeitszeit und anständige Behandlung sind die einzigen Mittel, ein erträgliches Verhältnis zu schaffen.

Uebersicht Siegfried I. Hier kann man jeden Monat hören, daß ein Teil der Belegschaft einen höheren Lohn verdient hat, während der größte Teil bedeutend weniger verdient. Das muß berechtigter Mangel an Gerechtigkeit hervorrufen, denn entsprechende höhere Leistungen haben die meisten der Bevorzugten auch nicht aufzuweisen. Auch mit Ueberflößen werden die Bevorzugten reichlich bedacht. So hat z. B. der Knappschäfermeister R. im Mai 38 Schichten verfahren, obwohl in dessen Arbeit eine Temperatur von etwa 30 Grad Celsius herrscht. Wir halten es unter diesen Umständen für unmöglich, daß der Mann regelmäßig gearbeitet haben kann. Das wurde ja kein Pferd ausfallen können. Bei der Annahme scheint auch nicht immer aufmerksam genug verfahren zu werden. So ist es vorgekommen, daß Kameraden im April über 1 Mark pro Schicht zu wenig berechnet bekamen. Auf erhobene Beschwerden wurde ihnen das Geld nachberechnet. Im Mai haben sie dann aber nur 4,16 Mk. pro Schicht verdient. Im Mai haben überhaupt sämtliche Löhne gefallen. Da haben Kameraden (Hauer) verdient: 4,16, 4,08, 3,87 Mk. und noch weniger pro Schicht. Ein Kamerad hat sogar eine Schicht nur 3,40 Mk., einer 4,42 Mk., und einer 4,20 Mk. verdient, während die anderen Dauer den Monat wieder

4,50 Mk. ausgezahlt erhielten. Im vorigen Jahre hat der Betriebsführer unseren Kameraden Wendi erklärt, falls Beschwerden vorliegen, sollte er nur vorstellig werden. Jetzt aber ist der Herr anderen Sinnes geworden und will davon nichts mehr wissen. Wir müssen darum den Weg der öffentlichen Kritik beschreiten und weiter darauf aufmerksam machen, daß die Brausen nicht immer regelmäßig laufen, auch war das Wasser schon wiederholt kalt. Auch werden die Fahrräder der Kameraden zu Vorkantungen benutzt, was ebenfalls unangehörig ist. Der Fahrradstapfen ist zudem viel zu klein.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Karlshagen (Rothendach). Ueber die Behandlung der Arbeiter wird hier recht viel geklagt; das Organisationsrecht nehmen wohl die Grubenbesitzer in Anspruch, den Arbeitern wird es auf alle mögliche Art erschwert oder unmöglich gemacht. Die Beamten rühren dafür die Verbetrommel für die Reichstreuen, für Flotten- und Jugendvereine. Der Verband ist streng verpönt. Besser wäre, wenn die Beamten in den Strecken und Hahnschächten mehr auf Ordnung blieben, damit die Arbeiter nicht gefährdet werden. Vielfach sind dieselben so eng, daß kaum hindurchkommen ist. Die alten Hauer werden noch zu den schwersten Arbeiten verbannt, wozu man doch jüngere Kräfte benutzen soll. So z. B. zum Holz schleppen, Vergebungen fahren u. dgl. Wird einer krank, gleich kommt wieder ein anderer an die gleiche Arbeit. Auf die alten Leute, die 30 Jahre und noch länger ihre Kräfte zu Markte getragen haben, sollte man doch etwas mehr Rücksicht nehmen. Es ist wirklich unbillig, daß man dieselben noch in dem Schlammeis oder auf der Vergharbe beschäftigt. Die Löhne sind ebenfalls recht niedrig und stehen mit den Preisen der Lebensbedürfnisse nicht im Einklang. Anders wird es aber erst, wenn die Bergarbeiter sich ändern.

Schulleschacht (Rehmswasser). Wie selbst die Mitglieder der reichstreuen Vereine von den Grubenbesitzern behandelt werden, wenn es ihnen einmal einfällt, nicht mehr so genau nach der Befehle des Oberleiters Wolf zu tanzen, das zeigt folgender Fall: Wahrscheinlich um den Profit zu erhöhen, wurde die Arbeit der Hahnschächter anders geregelt als bisher. Vordem brauchten die Geiger täglich nur acht Stunden zu heizen und zwei Stunden wurden zum Pugen verwandt. Nach der neuesten Bestimmung muß jeder Geiger jetzt volle zehn Stunden heizen. Damit den Leuten die Verschlechterung schmerzhafter gemacht werden sollte, erklärte Wolf bei der Einführung: „Sollten sich Mängel und Beschwerden einstellen, so wird der alte Zustand wieder eingeführt.“ Daß dieses Verstehe die Arbeiter nur beschwichtigen sollte, lag klar auf der Hand. In dem Glauben, daß der reichstreue Vorgesetzte seinen Arbeitern nichts schädliches aufhauen würde, nahmen die guten, zufriedenen reichstreuen Geiger diese Neuordnung an. Erst als die Leute die neue Arbeitsmethode ausprobiert und dabei gefunden hatten, daß sie benachteiligt waren, beschwerten sie sich bei ihrem Ueberleitersauschüttungsglied, der dann die Beschwerde dem Betriebsführer Wolf weitergab. Mit dieser Beschwerde kam der Mann, der über sieben Jahre dem reichstreuen Verein als Mitglied angehört, schon an. Wie immer, beschimpfte und verfluchte Wolf auch hier wieder die Arbeiter nebst dem Ausschüttungsglied nach allen Regeln der Kunst. Im die Ausbrüche noch fassiger zu gestalten, wurden sie dem Mann in schmerzhafter Mundart in die Ohren geschrien. „Kreuzmüllern, dommerdelt, war es denn das wieder, was nee zupriede is? Eher denn ich mit'm Schadel durch die Wand, als daß die Einleitung wieder abgeschafft wird.“ Zum reichstreuen Ausschüttungsglied: „Sie können mir gerade a fu für also wie der erste Sozialdemokrat im Reichstage.“ Da auf diese Weise nichts zu machen war, wurde diese Angelegenheit in der nächsten Ausschüttung zur Sprache gebracht. In der betreffenden Sitzung vertrat der amtierende Direktor, daß der alte Zustand wieder eingeführt werden solle, doch warfen die Geiger bis heute noch auf diese Neuordnung. Nach der Ausschüttung machte Wolf zum Ausschüttungsglied folgende höhnische Bemerkungen: „Von Sie die Leute schon eingest, wie und wie lange jeder arbeiten muß.“ Nach Vereinnung erklärte Wolf: „Gut, da war ich jede die Eitelung mach, so geht es gleich die Geiger vierstündig, on jeder tricht a Sofa.“ Denselben Nachmittag fing Wolf wieder mit dem Ausschüttungsglied an, hänselte und schielte ihn bei jedem Worte mit der Sozialdemokratie und als Zugabe folgten ein Haufen unschöner Schimpfwörter. Im dem Trauerspiel ein Ende zu machen und schließlich nicht auf Straßpflaster geworfen zu werden, blieb dem Ausschüttungsglied weiter nichts übrig, als zu kündigen. Von Wolf wurde verlangt, daß unbedingt die 14 Tage Kündigungsfrist eingehalten werden müssen. Als der betreffende Geiger nur noch vier Tage zu arbeiten hatte, wurde ihm von einem der Beamten nahegelegt, da gerade Monatslohn war und die vier Schichten in den neuen Monat gekommen wären, doch lieber gleich aufzuhören. Selbstverständlich ließ sich das dieser Mann nicht zum zweiten Male sagen, er hörte sofort auf. Damit hatte der Vorfall sein Ende erreicht. Wolf war dem widerwilligen reichstreuen Kumpel los und laut blieb alles beim alten. — Als Lohn für die gute reichstreue Gesinnung werden den Hahnschächtern großmütig für eine geistlichende Schicht 3 Mark nebst 20 Pf. Schichtprämie zugesagt. Ist auch der Lohn gering, so steht es desto mehr Schimpfwörter von seiten des Herrn Wolf. In den reichstreuen Versammlungen und im „Geierabend“ heißt es immer, daß nur Hand in Hand mit dem Unternehmer die Zustände für die Bergarbeiter verbessert werden könnten. Wie diese Verbesserungen aussehen, das sieht man hier bei diesem reichstreuen Mitarbeiter. Die Bergarbeiter des Schulleschachtes sind wahrhaftig um ihre idyllischen Zustände zu beneiden. Die Reichstreuen können stolz sein auf ihre Erzeugnisse.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Spittel, Schacht VI. Streikbruchverteidiger und Landtagsabgeordneter Collet hat sich während dem letzten Streik auf den Saar- und Reichslanden sehr viel Mühe gegeben. Er a. ging er selbst, ohne von den Arbeitern beauftragt zu sein, zum Herrn Direktor Hake und hat mit ihm unterhandelt. Durch seine damalige Taktik hat er nun erzielt, daß die Arbeiter auf Schacht V und VI frühzeitig angefahren sind, während die Kameraden auf Schacht V in Merlesbach noch drei Tage länger streikten. Das schmeckt bei der Gedächtnis ist aber, daß die Kameraden in Merlesbach immer noch etwas mehr verdienen, als die Kameraden in Spittel auf Schacht II und VI. Das haben die Kumpels verdient durch das Hören auf Herrn Collet und ihr frühzeitiges Anfahren. Nun sind aber die Löhne doch so schlecht, daß sie absolut nicht ausreichen. Löhne von 3,20-3,80 Mk. sind an der Tagesordnung. Es wäre unbedingt notwendig, wenn jetzt der Streikbruchverteidiger Collet herkäme und den Kameraden Besserung gäbe, wie man am besten in der heutigen Zeit mit einem solchen Lohne seine Familie ernähren kann, ohne Schulden zu machen. Es scheint aber auch, daß die Beamten in Spittel den Kameraden sagen wollen: Ihr Gei seid ja angefahren, ihr müßt ausfallen sollen. Denn anders kann man sich nicht erklären, daß der Inspektor Kumpel und Betriebsführer Trompeter einer Kameradschaft erklärten, als sie sich beschwerten, daß sie nur 4,12 Mk. verdient haben: „Wir freuen uns, daß ihr nicht mehr verdient habt. Mehr bekommt ihr nicht.“ Trotzdem sind diese Leute tüchtige Arbeiter und haben bis jetzt fast immer gut verdient. Auch wäre es notwendig, mal in der Waischaue die Latzen unter den Brausen tüchtig abzuschleudern, denn sie sind so schmierig, daß man gut aufpassen muß, damit man nicht hinfällt und einen Knochen zerbricht. Wenn die Kumpels aus der Grube glücklich heraus sind, so sind sie immer noch der Gefahr ausgesetzt, in der Waischaue die Knochen zu brechen. Dann wird auch viel auf Schacht VI gestreut. Kohlenstrafen, Zeitfahrstrafen regnet es nur so. Mit einem Kasten zum Ausschütten der Strafzettel haben sie nicht mehr genug. Zwei bis drei Strafzettel hängen stets übereinander. Werken denn die Kameraden von Spittel noch nicht bald, was sie zu tun haben? Nur eine starke Organisation kann ihnen helfen.

Aus dem Lager der Schwarz-Gelben.

Die blamierten Europäer von Köln-M. Gladbach.

Dem Hl. Vater in Rom wird der Strach schon zu groß; den seine getreuen Söhne im deutschen Zentrum aufzuführen. Er hat darum durch seinen Münchener Rantius nachsichende Erklärung veröffentlicht:

„Da die verdächtige und schädliche Polemik bezüglich der Arbeiterorganisationen in Deutschland fortwähret, ist es der schlaueste Wunsch des Heiligen Vaters, daß beide Teile jede Erörterung, insbesondere in der Presse, einstellen und es dem Heiligen Stuhl überlassen, die wichtige Frage im Einvernehmen mit den Bischöfen zu prüfen und die angemessene Verhaltensregel zu geben. Der Heilige Vater hegt das vollste Vertrauen in die Ergebnisse seiner Söhne in Deutschland, daß sie diesem seinem Wunsch nachkommen werden.“

Der Papst hat die „Ergebnisse seiner Söhne“ ganz richtig geschätzt, als er von ihnen verlangte, nun endlich stille zu sein.

ihm und den Bischöfen allein das weitere zu überlassen. Vor ein paar Tagen sah es etwas anders aus, da gaben die Führer und Organe der „Christlichen Gewerkschaften“ ihrem römischen Oberhirten ganz unüberbittelt zu verstehen, daß es ihre eigene Sache sei, wie sie die katholischen Arbeiter organisieren, und daß dies den Papst soviel wie gar nichts angehe. Ausdrücklich wurde darauf verwiesen, daß in der Frage der Arbeiterorganisationen der Papst nicht uneinsehbar sei. Und jetzt sollen sie dem Papste dennoch die Entscheidung überlassen, sollen still stehen, wo sie doch einen endgültigen Austrag des Streites fordern. In der Nummer vom 22. Juni schloß der „Bergnappe“ noch ganz tabuliert:

„Wir müssen verlangen, daß der Streit jetzt endgültig ausgetragen und zum Abschluß gebracht wird. Unsere Bewegung hat wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als sich jahraus jahrein mit den Bestlern herumzuplätzen. Wir sind dem Streit jetzt leid und werden uns auf keinen Waffenstillstand einlassen. Es besteht gar keine Hoffnung mehr, daß die Berliner sich bessern, wenn sie nicht zur Besserung gezwungen werden. Deswegen muß man sie dazu zwingen im Interesse der guten Sache, der wir dienen.“ Auch die anderen Gewerkschafts-Kristen“ führten starke Worte im Munde, als ob sie nicht früher ruhen wollten, ehe nicht ihre Berliner Widerstand vom Papst abgeschnitten wäre. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ meinte auf die Heinerischen Erklärungen in Nummer 136:

„Es muß, nachdem die Frage in den letzten Wochen einmal so scharfe Gestalt angenommen hat, nun auch klare Bahn geschaffen werden.“

Neulich sagt die „Baugewerkschaft“ in ihrer letzten Nummer vom 22. Juni:

„Die christlichen Gewerkschaften haben es satt, sich dauernd benutzbar zu lassen. — Klarheit muß geschaffen werden, eine Versumpfung darf nicht eintreten. Denn schon jetzt heulen die Krachen am Wege: „Nem könne warten“, der Todesstoß käme ganz sicher, nur „jetzt“ noch nicht ufm. — Der Sturm, der augenblicklich durch das katholische Deutschland geht, ist nur zu bannen durch absolute Klarheit und Entschiedenheit. Den privaten Berliner „Informatoren“ weise man die Vordertür des Hauses und schließe die hintere fest, aber ganz fest ab. Obendrein aber schaffe man sich noch einen Hausknecht an, denn auch dieser ist noch vorhanden.“

Das war der Ton, von dem vor ein paar Tagen noch die ganze W. Gladbacher Christenpresse beherrscht wurde. Heute klingt es ganz anders — die streitbaren Gewerkschaftskämpfer werfen ihre hölzernen Säbel ganz still ins Feuer und duden sich in Ergebung. Die „Katholische Volkszeitung“ veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Die Zeitung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands erhielt gestern folgende Mitteilung: Die in Hildesheim gelegentlich der Generalversammlung des Bonifatiusvereins anwesenden Bischöfe haben die Gewerkschaftsangelegenheit in ernste und wohlwollende Beratung genommen.“

Auf Grund dessen werden die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands die öffentliche Auseinandersetzung über die Streitfrage vorläufig einstellen.

W. Gladbach, 20. Juni 1912. Dr. Otto Müller. Die liberale Zentrumspresse der Köln-M. Gladbacher Richtung bläst ebenfalls „das Ganze halt“ — es wird ihr Angst vor der ehenen Monarchie. Die Berliner Richtung sucht sich ins Fäulnis, sie ist in dem heißen Kampfe starrer geblieben. Denn ihr war es ja nur darum zu tun, daß der Papst den katholischen Arbeiterorganisationen „Verhaltensmaßregeln“ zu geben hat. Das ist den Berlinern gelungen, denn die Kölner „Christen“ stellen das Feuer ein, um dem Papste Zeit zu lassen, mit den Bischöfen diese Verhaltensmaßregeln zu formulieren. Mögen sie nun ausfallen wie sie wollen — die Köln-M. Gladbacher sind die Plamierten. Erst erfüllen sie die Welt mit ihrem Geschrei, prahlen mit ihrem Uebergewicht über die Berliner und verwerfen sogar den Gedanken eines Waffenstillstandes, um dann doch still und beschiden ins Maulschloß zu kriechen. Bedauernswerte Schame!

Ein empfindlicher Gewerkschaftsleiter.

Ein empfindlicher Gewerkschaftsleiter, der kein Wässerchen trüben kann, hat der Gewerkschaft im Murnreter ligen. Peter Hartz ist sein Name. Im März d. J. verfasste und verbreitete er im Murnreter ein anonymes Flugblatt, das überschrieben war: „Sozialdemokratische Rowdys im Murnreter“. In diesem Flugblatt berichtete er über eine in Alsdorf stattgefundene, von ihm einkaufene „Christen“-Versammlung, in welcher der „General“ Eijert über den Streit (Bruch) im Murnreter gesprochen hatte. Während der Rede des Referenten sollen die Genossen (Mitglieder des Bergarbeiterverbandes) den Versuch gemacht haben, die Versammlung zu sprengen. Es sei jedoch gelungen, eine Resolution zur Abstimmung zu bringen, in welcher dem Gewerkschaftsvorstand für seine „glorreiche“ Haltung im Murnreter, das Vertrauen der Murnreterleute entgegengebracht wurde. Hiernach habe dann die Wut der Genossen keine Grenzen mehr gekannt. Wirklich heißt es dann im Flugblatt:

„Dem Kameraden Brüd wurde der Mod in Stöße gerissen. Im Kriegerdental fenerie ein Genosse fünf Revolverkugeln ab. Den Kassierer der Zählstelle Alsdorf, Kameraden Saaten, traf eine Kugel in die Stirn. Er mußte schwer verletzt zum Krankenhaus nach Bardenberg transportiert werden. Durch dieses Gausen wie wilde Indianer sind die Genossen im Murnreter bei allen anständigen Murnreterleuten gerichtet. Zwei Anhänger des Verbandes wurden verhaftet und nach Alsdorf ins Gefängnis abgeführt. Das ist der richtige Ort für Leute dieser Sorte.“

Ueber diese Gemeinheit entstand unter den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes in der Zählstelle Alsdorf eine begründete Erregung. Wurden sie doch mit Mäusern und Wörtern auf eine Stufe gestellt, ohne daß ein Mitglied des Bergarbeiterverbandes auch nur bei der Schikerei dabei gewesen und sich beteiligt hätte. Es wurde von den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes eine Versammlung verlangt, in welcher zu den niedrigen Beschuldigungen Stellung genommen und dieselben zurückgewiesen werden sollten. Diese fand am zweiten Osterfeiertag in Alsdorf unter freiem Himmel statt. Als Referent war Kamerad Döfler aus Rodum erschienen. Er wies die Beschuldigungen des Herrn Hartz zurück und betonte, daß, wenn Hartz Rowdy suche, er sich in seiner eigenen Organisation umsehen sollte, dort könnte er gar welche in leitender Stelle finden. (Sehr richtig. Sogar ganz schwere Jungen, d. Med.) Er erinnerte weiter an einen „Christlichen“ Agitator aus dem Murnreter, der in die Wohnung eines Verbandemitgliedes ging, um dieses zum Gewerkschaftsleiter zu bekehren und schließlich, anstatt daß er an den Ansichten des Mannes agitierte, an den Bräuten der Frau zu agitieren beginnen wollte. Allerdings ist dieser Murnreter nicht damals an die verkehrte Adresse gekommen. Wirklich hat Döfler damals ausgeführt: „Ein Agitator von Hartz agitierte anstatt an den Ansichten eines Bergmanns, an den Bräuten einer Bergmannsrau.“ Hierüber fühlte sich H. beleidigt und strengte Klage gegen Döfler an. In der Gerichtsverhandlung, die vor dem Amtsgericht in Eichweiler stattfand, beschworen 6 von H. geladene Zeugen, Döfler hätte gesagt, Hartz habe anstatt an den Ansichten eines Bergmanns, an den Bräuten einer Bergmannsrau agitiert. In der Gerichtsverhandlung mußte Hartz zugeben, daß der oben zitierte Inhalt seines anonymen Flugblattes unwahr sei, und daß kein Verbandsmitglied die Schiffe abgegeben und auch kein Verbandsmitglied verhaftet worden war. Er gab weiter zu, daß er dieses schon längst wußte, hat aber bis jetzt keine Besserungen, die auch im „Bergnappe“ gestanden haben, nicht zurückgenommen. Hartz nannte sein eigenes Flugblatt während der Verhandlung selbst einen Wackzettel. Weiter gab Hartz ganz stillschweigend zu, daß ein Agitator von ihm sich solcher Spielereien an den Bräuten einer Bergmannsrau, wie von Döfler behauptet, erlaubt hatte. Nach diesen Zeugnissen mußte der Verteidiger des Hartz nichts weiter zu tun, als gehörig mit dem roten Zappen zu schwenken, was den Kameraden Döfler zu der treffenden Remeuerung veranlaßte: „Von einem Verteidiger des Rechts wäre es vornehmer, wenn er weniger verjurte, Parteipolitik in eine Gerichtsverhandlung zu bringen.“ Gegen Hartz erhob Döfler Widerklage im Termin. Dieser

wurde jedoch nicht in genügendem Umfang stattgefunden. Das Urteil gegen Garisch lautete auf 100 Mark Geldstrafe. Gegen dieses Urteil wird Berufung eingelegt. Im Urteil wird zwar hervorgehoben, daß Garisch durch sein Flugblatt gereizt habe, aber Wahrung berechtigter Interessen ist dem Kameraden Garisch nicht zugestanden. Darum erfolgte seine Verurteilung.

Zu gleicher Zeit fand auch noch eine Klage des Gewerkevereins vorstandes, vertreten durch Garisch, ihre Erledigung, die gegen einen unorganisierten Bergmann in angestrengt war. Auf der Jagd zur Arbeitsstelle hatten Mitglieder des Gewerkevereins versucht, den angestiegenen Bergmann in den Gewerkeverein zu bringen. Dieser hatte sich dabei auf die Vermerkung hinrichten lassen: „Daß ich zu Garisch mit Eurem Gewerkeverein, das ist ja alles Schwindel.“ Auf diesen armen Teufel stürzte sich der Gewerkevereinsvorstand begn. Garisch mit einem Rechtsanwalt. Er wurde auch zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt. Interessant war die Aussage eines Zeugen. Dieser sagte aus: „Garisch belügt seine eigenen Mitglieder. Ich habe ihn schon sehr oft in den Mitgliederversammlungen darum einen Lügner genannt.“ Diese Aussage des Zeugen und die Feststellungen, die Kameraden Garisch machte, werden den Garisch noch lange brennen.

Die Klage gegen den Bergmann, der mit dem Gewerkeverein nichts zu tun haben wollte, ist beendigt für den Fall dieser „Christen“. Wer sich nicht in den Gewerkeverein aufnehmen lassen will und sich eine Vermerkung gegen den Gewerkeverein erlaubt, wird verurteilt, wer aus dem Gewerkeverein austritt, wird, wie der „Bergknappe“ schon zum wiederholten Male bewiesen, benachteiligt. Es geht doch nichts über diese dummen „Christen“, die nach dem Grundsatz handeln: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“

Ein ungeladener „Christlicher“ Arbeitswilliger.

Der „Bergknappe“ brachte in Nr. 28 folgende Notiz:
Glabbe. Am 18. Mai fand vor dem Schöffengericht zu Buer Termin gegen den Verbändler Hermann Vries aus Rentfort statt. Derselbe hatte am 24. März 1912 gelegentlich einer Versammlung unferen Kameraden M. mißhandelt. Der Angeklagte wurde zu 6 Mark Geldstrafe und zur Ertragung der Kosten verurteilt.
Hierdurch wird der Anschein erweckt, als ob der Verbändler M. den Arbeitswilligen Menschen aus Glabbe, ohne weiteres in einer Versammlung mißhandelt hätte. Von einer Mißhandlung kann aber überhaupt keine Rede sein, im Gegenteil, hat sich M. weit eher des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Es handelte sich um eine Belegkarte für die Mißhandlung. Trotzdem M. kein Belegkarteistatig war, erschien er doch und wurde darum von M., der die Mißhandlung hatte, aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Das tat M. nicht. Weil M. nun beschuldigt, M. würde den Anbringer auf der Bege spielen, führte er den ungeladenen Arbeitswilligen bis fast vor die Tür und schob ihn dort zur Seite, um die Saalkür schließen zu können. Das ist die ganze Mißhandlung. M. lief aber zur Polizei und so kam die Sache zur Anzeige. Ueber die Strafe von 6 Mark, auf welche das Schöffengericht in Buer erkannte, ist auch das letzte Wort noch nicht gesprochen. M. hat Berufung eingelegt und so wird sich in der Berufungsinstanz entscheiden, ob das Hausrecht „Christlichen“ Arbeitswilligen gegenüber nicht mehr gilt.

Abgebligte Streikbruchführer.

Der Gewerkeverein „Christlicher“ Bergarbeiter rührte in letzter Zeit eifrig die Werbetrommel. Eine geradezu amerikanische Reklame machte er für eine Versammlung der Belegschaften von Anna I und II, die er nach dem Lokale Minkens in Alsdorf einberief. Aber der große Aufwand war schmächtig veranlagt. Als man die „Versammlung“ eröffnete, waren von den reichlich 4000 Belegschaftsmitgliedern genau 88 erschienen. Das war ein trauriges Resultat! Es war so traurig, daß sich Herr Garisch, der gewalttätige Redner, verpöbelte, die entlaufenden Gewerkevereinsmitglieder zu trösten. Schuld hatte wieder der „sozialdemokratische“ Verband. Dieser Verband oder vielmehr seine Mitglieder in Alsdorf sollen wieder „geheißt“ haben. Herr Garisch hat alle Veranlassung, augenblicklich darüber schlechter Laune zu sein, denn die „Gehe“ gegen den Streikbruchgewerkeverein hat in der letzten Zeit auch im Wurmrevier ausgezeichnete Resultate für den Bergarbeiterverband gezeigt. Dann ergriß noch ein auswärtiger Redner das Wort, der den Anwesenden offenbarte, daß der schlechte Besuch der Versammlung zu beklagen sei. Dann ging es über den gegnerischen Verband her. Was da geleistet wurde, war beträchtlich. Das Treiben wurde denn auch einem unorganisierten Bergarbeiter, der in der Versammlung erschienen war, zu bunt. Er meldete sich zum Wort und zog gegen die beiden — sagen wir: Vorredner tüchtig vom Leber. Er sei nicht in die Versammlung gekommen, um die Schimpfereien anzuhören, die vom Stapel gelassen worden seien. Jedenfalls könne man aus dem Verhalten der Redner nicht schließen, daß es ihnen in erster Linie darum zu tun sei, die Interessen der Bergleute zu vertreten. Es scheint vielmehr, daß sie ihre Hauptstärke in der Verschimpfung der anderen Organisation fänden, die zweifellos Richtigkeit geleistet habe und deshalb eine andere Behandlung verdiene. Mögen die Kameraden das beherzigen! Möge die Zahl derjenigen, die sich von Garisch und Genossen einfangen lassen, immer kleiner werden. Wer sich organisiert, für den kommt nur noch der Bergarbeiterverband, der von politischen und religiösen Bewegungen und von der schwarzen Oberbormundschafft freie Organisation, in Frage. Sie allein ist befähigt, die Interessen der Arbeiter ohne Nebenrücksichten wahrzunehmen.

Eine lächerliche Drohung.

Um unserem Verband Konkurrenz zu machen, verpöbelte der Streikbruchgewerkeverein auch dorthin Angehörige, wo er wenig Mitglieder und Aussicht auf Erfolg hatte. Auch nach Helmstedt verpöbelte er einen Gewerkevereinsleiter, der aber nicht weiß, wo er die Erfolge hernehmen soll, die von ihm erwartet werden. Seine ganze Hilfslosigkeit kommt in folgendem Schreiben zum Ausdruck:

Helmstedt, den 4. Juni 1912.

Herrn R. G., Helmstedt.

Sie haben vor einigen Tagen dem Mitglied des Gewerkevereins F. die Mitgliedskarte abgenommen. Wie kommen Sie überhaupt dazu? Derselbe hat keine Karte, weil er nicht im roten Verbande bleiben wollte, bei uns abgegeben, weil die gezahlten Wochenbeiträge angerechnet werden und dafür die Karte vorhanden sein muß. Ich fordere Sie nun hiermit auf, die Mitgliedskarte sobald wie möglich wieder abzugeben, da ich sonst Anzeige erstatten werde wegen Diebstahl. Ich setze Ihnen eine Frist von heute bis Sonntag einschließend.

Wenn Sie noch nicht wissen wollen, daß der Mann Mitglied des Gewerkevereins ist, dann hiermit: Ich schwöre, daß er schon bereits 14 Tage seinen Lebensunterhalt erklärt hat. Den Diebstahl haben Sie also nicht dem F. gegenüber begangen, sondern dem Gewerkeverein „Christlicher“ Bergarbeiter.

Ist die Sache bis Sonntag nicht in Ordnung, werde ich meine Drohung wahr machen.

Friedr. R., Gewerkevereinsleiter, Helmstedt.

Rüthen sollte sich diese „schändliche“ Drohung gespart haben, kommt er nur sich selbst und auf die Nachbarn zu. M. hat die Mitgliedskarte nicht abgenommen, sie im Gegenteil freiwillig von F. erhalten. Es ist also völlig verkehrt, von Diebstahl zu reden. Allerdings war F. den „Christlichen“ Sirenenklängen gefolgt, erkannte aber schnell seine Pappenhäuser und kehrte in den Verband zurück. Daß Rüthen darüber erboht ist, können wir ihm nachfühlen; von ihm werden Erfolge erwartet! Bei seiner ohnehin völlig unheimlichen Gefolgschaft ist es daher nicht angenehm, noch ein „leeres Haupt“ zu verlieren. Mit solchen Drohungen kann aber nichts gebessert werden. Rüthen wäre es gewesen, wenn Rüthen sich zuvor erkundigt hätte, in wieviel Fällen sich Gewerkevereinsfunktionäre schon widerrechtlich Mitgliedsbücher resp. Karten unseres Verbandes angeeignet haben. Dann hätte er sich jedenfalls seine lächerliche Drohung gespart.

Der „Bergknappe“ Post in Raterstimmung.

Der Gewerkeverein „Christlicher“ Bergarbeiter hat einen Post, der im Hauptamt Bezirksleiter des Gewerkevereins für die Bergwerke

Oberhausen und Duisburg ist. Friedrich Walter heißt der große Stern am Himmel der Post. Der Mann ist sehr vielseitig. Im vergangenen Jahre war er als Bezirksleiter für den Gewerkeverein in Mitteldeutschland beim Braunkohlenbergarbeiterstreik tätig. Der Gewerkeverein war dort mit 88 Mitgliedern am Streik beteiligt. Walter zog hinaus auf Streikposten. Dabei hatte er Gelegenheit zu sehen, wie die Streikbrecher zur Arbeit transportiert wurden. Gegen diese Transporte regte sich sein Zorn. Er ließ seiner poetischen Über freien Lauf und dichtete:

„So heut wie alle Morgen bringt man sie hin zur Schicht,
Ansonst, daß wir sie mahnen an ihre Bruderpflicht.
Den Rücken tief gekrümmt, wie unter schwerem Joch,
Die Augen scheu zu Boden, als schämten sie sich doch.“

So sah'n wir manchen gehen, von dem wir's nicht geglaubt,
Wir aber haben höher und freier unser Haupt!
Uns drückt nicht die Verachtung, uns schändet nicht Verfall,
Berechtigt ist unsre Sache und ehrlieh unsre Tat!“

Das war im vergangenen Jahre. Da war der Kampf der Bergarbeiter noch gerecht. Dem „Bergknappen“ gefiel jedoch schon damals das Streikverfehlende Gedicht nicht, denn es wurde trotz Erfinden des „Dichters“ nicht veröffentlicht. Inzwischen ist der „Dichter“ aus dem schönen Garg nach Oberhausen verlegt worden. Diese Verlegung hat bewirkt, daß er umgelehrt hat. Nach dem Ruhrbergarbeiterstreik veröffentlichte er in einem Gedicht den Streikbruch! Der Streikbruch ist aber dem Gewerkeverein und seinem gottbegnadeten Poeten nicht zu bekommen. Schon seit Wochen macht der „Bergknappe“ und sein „Dichter“ nichts mehr in Poetik, sondern sie arbeiten beide jetzt in Prosa. In die Gewerkevereinsmitglieder im Oberhauser Bezirk, die mit im Streik gestanden, hat der Post ein ganz profan gehaltenes Zirkular geschickt. Hier ist es:

Oberhausen, den 16. Juni 1912.

Meiner Kamerad!

Die Angelegenheit bezüglich der Kontraktbruchstrafe muß nun als abgeschlossen gelten. Der Gewerkeverein „Christlicher“ Bergarbeiter hat alles versucht, um seinen Mitgliedern die einbehaftete Kontraktbruchstrafe zurück zu erlangen. Leider sind aber noch immer einige Begehren, die die Rückzahlung strikte verweigern. Die davon betroffenen Mitglieder müssen sich nun damit abfinden, so bitter das für den Einzelnen auch sein mag.

In der Centrale des Gewerkevereins hat man schon lange überlegt, ob man diesen Mitgliedern aus der Kasse des Gewerkevereins das Geld vergüten solle oder nicht. Kameraden, es geht nicht. Schon durch Vergütung von 2 Mark für den Ausfall an jeder Schicht hat der Gewerkeverein mehr als seine Pflicht getan. Ein mehr aber würde die Billigung jener Kameraden nicht finden, die weitergearbeitet haben, oft genug ebenfalls unter Gefahr und Bedrohung. Wenn es schwer fällt die 80 oder 40 Mark Kontraktbruchstrafe zu verschmerzen, der möge daran denken, daß der Dreißend allein die Schuld trägt. Der Dreißend, der moralisch verpflichtet wäre die Kontraktbruchstrafe zu erweisen, der sich aber seine eigene Pflicht vorbeigedacht. Wie gesagt, der Gewerkeverein hat freiwillig (?) mehr getan als jener und muß es sich im Interesse seiner Bewegung vertragen, noch weiter zu gehen. Ich hoffe, daß Du diese Grundsätze würdigen und billigen.

Mit freundlichem Glück auf!

Der Bezirksleiter Friedrich Walter.

Deutsch Sprach, schwer Sprach, das gilt in erster Linie für unseren Poeten. Weiter scheinen ihm die Folgen des Streikbruchs seine Poetengabe genommen zu haben. Das ist Miterkennung, was uns da entgegenkommt. Doch zur Frage des Kontraktbruchs. Nach dem Streik hat der Gewerkeverein ein Flugblatt verbreitet, in welchem er verspricht, falls die Unternehmer die Kontraktbruchstrafe nicht zurück erstatteten, bekämpfen die Gewerkevereinsmitglieder dieselbe aus der Gewerkevereinskasse. Die Unternehmer haben auf die hübsch ergebene Eingabe des Gewerkevereinsvorstandes um Rückerstattung der Kontraktbruchstrafe geantwortet. Aber aus der Gewerkevereinskasse gibt es auch nichts. „Kameraden, es geht nicht“, schreibt der Post. „Der Gewerkeverein hat schon für jeden Tag des Streiks an seine beteiligten Mitglieder 2 Mark freiwillig bezahlt.“ Welche Güte! Der Gewerkeverein hat mehr wie seine Pflicht erfüllt. Man denke nur an den Streik! Wie hat der Gewerkeverein nicht nach Schutz geschrien, als der Gebühler der Unternehmer bedroht war! Und diesem Gewerkeverein wollen Tausende von Bergleuten nicht treu bleiben. Das ist undankbar. Wenn das so weiter geht, verliert unser Post noch die Sprache.

Die „Post“ als Christenfreundin.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß im gegenwärtigen Zentrumstreit die deutschen Scharfmacher auf Seiten der „Christlichen“ Gewerkschaften, also der Richtung Köln stehen. Man sollte meinen, daß dem Großunternehmertum die Richtung Berlin lieber sein müsse, weil diese doch den Streik unter allen Umständen verwerft, dem Kapital also ganz ungeschädlich ist. Diese Meinung ist jedoch ganz irrig — die Scharfmacherclique nimmt ganz ungeniert für die „Kölner“ Partei, deren „Christliche“ Gewerkschaften den Streik für erlaubt ansehen. Solche gleichgültige Ungerechtigkeit erklärt sich aus der Praxis; die Scharfmacher sagen sich — von ihrem Standpunkt ganz richtig —: „Was nützen uns die Berliner, die wollen zwar jeden Streik verhindern, können es aber nicht, weil sie zu schwach sind. Die Kölner dagegen haben die größeren „Christlichen“ Gewerkschaften, die zwar den Streik als Agitationsmittel anwenden, in entscheidenden Fällen, wie im letzten Ruhrstreik, doch auf der Seite des Kapitals stehen. Also sind uns Scharfmachern die „Christlichen“ lieber, weil sie Streiks nicht nur verhindern wollen, sondern auch verhindern können.“

Daher rührt denn auch die tiefe Freundschaft, die z. B. die „Post“ für die „Christlichen“ Gewerkschaften an den Tag legt. Als die päpstliche Rundgebung für die Berliner bekannt wurde, äußerte das Scharfmacherblatt sein Bedauern darüber im Interesse der „Christlichen“ Gewerkschaften. Und als die „Christen“ sich Rom gegenüber zur Wehr setzten, meinte die „Post“, sie hätten es „trotz ihrer gerechten Entrüstung“ in anständiger Weise getan; also objektiv Urteilen hätten längst erkannt, daß das Recht auf Seiten der Kölner sei. Ueber einen Abwehrartikel, den ein M.-Glabbacher in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung gegen die Einmischung des Papstes in den Zentrumstreit veröffentlichte, freute sich die „Post“ ganz unendlich, pries den Freimut und das Deutschbewußtsein des M.-Glabbachers dem Papst gegenüber. Man könnte es dem Papste wahrhaftig nicht verdenken, wenn er den „Christlichen“ Gewerkschaften schon um der „Post“ willen etwas besser auf die Finger gucke. Denn diese „Christen“ freundschaftlich macht gar kein Schil heraus, daß sie zwar die braven Söhne der Kirche, die Steigerwald und Siebertz, liebt, die Kirche selbst aber zum Studium nützt. So brachte die „Post“ unter dem 17. Juni aus der „Deutschen Zeitung“ nachstehenden „Beachtenswertes“ Artikel über

Die letzten Ziele Roms.

Niemals aber läßt Rom sein Ziel aus dem Auge, niemals, und wenn auch die Verwirklichungsaussicht zu schwinden droht, gibt es das selbe auf. In allem anderen ist es anpassungs- und wandlungsfähig bis zur Charakterlosigkeit, nur in dem einen nicht, in dem Streben nach der weltlichen Herrschaft des Papstes über die ganze Erde. Immer wieder plant es, wenn ihm Hindernisse in Männern und Völkern, die dieses Ziel erkennen, stehen, nach Mitteln, sie hinwegzuräumen. Da stößt es häßlichen Zwist in der Familie eines Königs, der nicht Roms Ehre sein will, und erregt in seinen Ministern und Nachbarn die niedrige Gier nach Raub, dabei die Leute jenseits, dort verleiht es Fürsten und Völkern zum Treubruch oder trachtet bewußt, ihren Stamm auszurotten, indem es die unter Verheißung göttlichen Heils in die Mordegrube der Kreuzzüge lockt.

Seute, wo Dolch, Gift und Pistole — vorläufig — außer Gebrauch gekommen sind, umschmeicheln Rom und seine Sendboten die Fürsten. Dem einen wird ein Maßheergrößtanz angehängt, während die Maulwürfe untergraben, was zur Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes das dringendste Notwendige ist; der andere wird von einem Klosterabte auf prunkvolle empfangen, während der Papst in der Vorratshaus-Enklave seine Verfahren besudelt.

Die germanischen Völker aber, die Rom stets ein Dorn im Auge waren, weil ihr ausgeprägtes Persönlichkeitsbewußtsein der die Persönlichkeit über den päpstlichen Herrschaftsthum überlieferte, und weil sie die Träger der europäischen Kultur sind, spaltet es, um sie zu schwächen.

Wierig Millionen deutscher, niederländischer und baltischer Katholiken sucht Rom von den übrigen fünfzig Millionen Stammesbrüdern in Mitteleuropa zu trennen, damit es leichter leichter unter seine Herrschaft zwingen.

Welch anderen Zweck könnte sonst in Niederland das Verbot der Bischöfe an die lutherischen Bergarbeiter haben, in die christlichen Vereine einzutreten? Wer bei alledem noch nicht sehen kann, was Rom will, ist mit unheilbarer Blindheit befallen. Herrschen, herrschen, und wir andern alle sollen knechte sein! Kaufen will es dem deutschen und dem niederländischen Volke vierzig Millionen Brüder, tüchtige, wertvolle Volksgenossen, die ihres Herzens, ihres Mutes Stimme zu ihrem Volke zieht; grausam fortreißen, wie der Habsburger sein Jüngling der Mutter Schutz entzieht und fremdem Gängel preisgibt. Wie einen Kuscheligen soll der niederländische Katholik den niederländischen Protestanten meiden.

Wegen oder brechen sei die Lösung, die wir den freien Friedensstören zurechnen, daß es ihnen in den Ohren gellt. Es gilt den Kampf um des Lebens, um des Volkes höchste Güter. Um die Meinheit der Religion. Um die Erhaltung des Volkstums.

Die kulturkämpferischen Scharfmacher, die hinter der „Post“ stehen, wollen lieber selbst über die katholischen deutschen Arbeiter herrschen, als daß sie den Papst über sie herrschen lassen. Die erste Herrschaft denken sie eben mit Hilfe der „Christlichen“ Gewerkschaften leichter zu erreichen, als mit Hilfe der Berliner. Daher die Parteinahme der „Post“.

Die „Christlichen“ Gewerkschaften im Weltkrieg.

Am 9. Juni hatte die christlich-nationale Arbeiterkassette der Arbeiterbewegung in der Porta Westfalica eine Kundgebung veranstaltet, bei der neben einer Reihe antisemitischer Leuchten auch der „Christliche“ Generalsekretär Steigerwald als Redner auftrat. Von zwei Tribünen wurde auf 25000 Menschen eingeschrien, ein Zeichen, daß man bei „christlich-nationalen“ Veranstaltungen das Reich verlernen kann. Mit den „Christlichen“ Gewerkschaften hielten die Redner zurück, dafür wurde mehr die nationale Trommel geschlagen. Die M.-Glabbacher Weltanschauung löst die Arbeiter nicht in zu großer Zahl hinter dem Ofen weg, und die Agitation der Geistlichen und der Zentrumspresse bringt das auch nicht fertig. Also müssen alle nationalen Parteien, die Völkern und die Regierung für die „Christliche“ Gewerkschaftsidee mobil gemacht werden sonst bleibt die Entwicklung der „Christlichen“ Gewerkschaften auf dem toten Punkt stehen. Besonders eindringlich mahnte Steigerwald sich der nationalen Eigenschaften der „Christlichen“ Streikbrecherorganisationen zu erinnern.

Welchen Nachhall diese Kundgebung hatte und welche weitere Wirkung sie ausüben sollte, darüber gibt die Westfälisch-Lippische Volkszeitung „offenherzig Auskunft. Sie schreibt:

„Eins freut uns, daß wenigstens die Regierungen mehr und mehr der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Anerkennung widerfahren lassen. Die Herren Landräte der beiden Kreise Minden und Lübbecke waren das zum Zeichen bei der Kundgebung anwesend. Heute geht zudem durch die Wälder das Telegramm des Herren Reichstages an Eigenität Weber, worin er von der „wachsenden Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen für unsere soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung“ spricht.“

Das ist hoch erfreulich. Wo aber bleibt die Anerkennung von Seiten der Arbeitgeber? Wie lange will der deutsche Arbeitgeber noch voller Wuttränen dieser „Christlichen“ und nationalen Bewegung gegenüberstehen? Bis es zu spät ist?

Wir meinen, das blödeste Auge müßte seit dem Scheitern des Bergarbeiterstreiks infolge der Nichtbeteiligung der „Christlichen“ in diesen Dingen klar sehen, welche wahrhaft christliche und nationale Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung innewohnt.“

Also die Behörden erkennen die Betriebsamkeit der „Christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung schon an. Nun noch die Unternehmer! Wo bleibt die Anerkennung seitens der Arbeitgeber? Seit dem Streikbruch der „Christlichen“ Ruhrbergleute sollten die Unternehmer doch endlich lernen, die „Christlichen“ Gewerkschaften als Schutztruppen gegen fordernde Arbeiter zu gebrauchen. Was die gelben Werksvereine leisten, können die „Christlichen“ Gewerkschaften auch. Beweis: Ruhrbergarbeiterstreik! Wir danken dem nationalen Organ für diese Offenherzigkeit!

„Radikale Christen“!

Die Grubenbesitzer haben versprochen, freiwillig die Löhne zu erhöhen, also ist es ein Verbrechen an den Bergarbeitern, jetzt in den Lohnkampf einzutreten. So der „Bergknappe“ und die Zeitung der Streikbrecherzentrale. Jetzt hört man es wieder anders von jenen Leuten, jetzt sollen die Werksvereinsbesitzer den Bergarbeitern nie mehr freiwillig Entgegenkommen zeigen, wer glaube, daß die Grubenbesitzer in der nächsten Zeit ihren Herrenstandpunkt ändern, der täusche sich gewaltig, nur die Bergarbeiter selbst könnten hier eine Aenderung herbeiführen. So die „Christlichen“ Vesteften Klein und Goerke in einer Sprengelversammlung am 16. Juni in Essen-West. Wir trauten unseren Ohren kaum, als wir solch ultra-radikale Töne aus dem Munde der „Christen“ vernahmen und haben uns wiederholt gefragt: Ist es denn wahr, daß die „Christen“ wieder anfangen, radikal zu werden? oder spielen sie Komödie? Wenn man ihre erbärmliche Handlungsweise vom letzten Lohnkampf zum Vergleich zieht, dann kann man nur zu der letzteren Ansicht kommen. Daß die Kameraden den Sirenenklängen dieser Streikbrecherzentrale keinen Glauben mehr schenken, wird ihnen ja der überaus „gute“ Besuch der Versammlung bewiesen haben. Ganze 35 Mann einschließlich dreier „Christlicher“ Vesteften und einige Verbandsmitglieder waren erschienen. Etwas neues hatten sie wirklich nicht vorzubringen, sondern es war nur eine Wiederholung dessen, was der Obergeneral Steiger bereits am 2. Juni in der „Christlichen“ Vesteften-Konferenz zu Gelsenkirchen gesagt hatte. Man handelt dort nach dem Grundsatz M.-Glabbacher Art: Eine Lüge fünfzigmal wiederholt, wird schließlich doch zur Wahrheit gemacht. Diesmal wird sie natürlich nicht zur Wahrheit, auch selbst dann nicht, wenn sie vom Generalsekretär Steiger zur Wahrheit beschaupelt worden ist. Daß die dummdreiste Behauptung Steigers, der Verband habe den Vorliegenden des Steigerverbandes mit dem Waffensatz der Knappschäferschüre betraut, auch von Klein und Goerke behauptet wurde, war etwas selbstverständliches. Auch die anderen Behauptungen Steigers machten sie sich zu eigen. Die „Christen“ werden wieder radikal, um die Aufmerksamkeit ihrer bedauernswerten Anhänger von den Folgen des schmächtigen Streikbruchs abzulenken.

Wer züchtet die Gelben?

Der „Bergknappe“ befaßt sich in seiner vorletzten Nummer unter „Langenbrahm“ mit der Tätigkeit der gelben Sicherheitsmänner, dem Einstellen der Beschäftigten und der Protegierung der gelben Vereine durch die Beschäftigten. Es mutet einem wirklich komisch an, daß der Schreiber im „Bergknappen“ sich darüber lässlich entzieht, denn gerade sie waren es, die bei der Annapfahrs-Listensammlung in Nüttenheid mit diesen Gelben gemeinsame Kandidaten hatten und ist der „Christliche“ Vesteften Ruckel mit Hilfe der Langenbrahmer Gelben gewählt worden. Wir haben damals keine Aufregung im „Bergknappen“ über das schwarz-gelbe Bündnis gefunden. Und wie war es dann bei der Vesteftenwahl in Mellinghausen? War es dort nicht der „Christliche“ Kandidat, der das Kompromiß schmiedete zwischen schwarz und gelb, welches ja dann am Wahltag auch in Aktion trat? Oder waren es nicht die „Christen“, die im trauten Bündnis mit den gelben bei der Sicherheitsmännerwahl auf Zede Engelsburg den „großen“ Sieg errangen, um dann nachher durch die Sicherheitsmänner die Einstellung der Beschäftigten beschließen zu lassen? Wer aber solche Sachen gemeinsam mit den Gelben macht, der ist bei späteren Gelegenheiten wirklich nicht mehr ernst zu nehmen und ernst nehmen die Bergarbeiter diese Schwarz-Gelben schon längst nicht mehr. Wer gemeinsame Sache mit diesen Gelben macht, hat das Recht der Kritik verweigert. Warum muß man sich aber über die unverfälschte Dreistigkeit des Schreivers im „Bergknappen“, mit der er behauptet,

das Verbands die Gelben unterstützten. Von der Verlogenheit solcher Beschuldigungen brauchen wir gar keine weiteren Beweise, wie die angeführten, zu erweisen. Man beschuldigt andere dessen, was man selbst tut. Das ist so M. Glöckner's Fall. Zwischen schwarz-gelb und gelb ist wirklich kein Unterschied mehr wahrzunehmen. Das tritt besonders bei den Wahlen in Erscheinung, wo sie sich gegenseitig offene Zutreibdienste leisten. Die Schwarzen küssen die Gelben und umgekehrt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Uebt Revanche, Kameraden!

Etwa eine Viertelmillion Bergleute standen im März im Streik. An der Ruhr und am Rhein, in Sachsen und in Hannover versuchten die Kameraden, dem Grubenkapital eine Entschädigung ihrer Lebenslage abzutreiben. Es ist nicht gelungen — der Gegner war noch zu mächtig. Er wurde gestützt und beschützt von allen Seiten; von der Regierung unseres Klassenstaates, der Militär und Polizei dem Kapital zu Hilfe schickte; von den arbeitserfreundlichen Parteien, deren Vertreter im Reichs- und Landesparlament ihren Schütz vor die Bergherren hielten. Nicht zum wenigsten verdanken die Grubenbesitzer ihren Sieg der arbeitserfreundlichen Presse, die struppellos auf die kämpfenden Bergarbeiter losging, sie verächtliche, beschimpfte und mit irreführenden Weisungen unsicher und wankend machte.

250 000 Bergarbeiter wurden damit in ihrem ehrlichen Streben nach Besserung ihrer Verhältnisse zurückgeworfen. Sie müssen guhsehen, wie Grubenherrn ihrer Brüder, verraten von nichtswürdigen Denunzianten, ins Gefängnis gesteckt werden, müssen guhsehen, wie die Bergarbeiter in herrlichem Uebermut sich am verdienten Lohne der Bergarbeiter bereicherten, ihnen Millionen als Kontraktbruchstrafe abnahmen.

Das fordert unsere Revanche heraus, Kameraden! Wir können sie nehmen an den Verhältnissen sowohl, als auch an dem Preßgeschäft, das ihnen das Ueberwachen der Bergarbeiter erleichterte. Unablässig müssen wir uns bestreben, dem Herrtum eine gleich starke Macht in der Organisation der Bergarbeiter entgegenzusetzen. Ebenso dauernd muß aber auch unser Kampf gegen die arbeitserfreundliche Presse geführt werden. Sie aus den Kreisen unserer Kameraden zu entfernen, ist das nächste, aber auch das am leichtesten zu erreichende Ziel für uns. Nicht eher dürfen wir ruhen, als bis der letzte der 250 000 Mann, die im März an unserer Seite im Kampfe standen, die Schädlichkeit jener arbeitserfreundlichen Blätter erkannt und sie aus dem Hause hinausgeworfen hat. Daran heißt alle mit, Kameraden, das sei eure Revanche!

Streikbruch-Nachlässe.

Am Sonntag, den 16. Juni, im Restaurant Sitten abgehaltenen Versammlung der Zählstelle Geisingen des Bergarbeiterverbandes war in Betracht des stürmenden Regens gut besucht. Der Vorsitzende machte bekannt, daß die Versammlungen regelmäßig stattfinden, wenn eben möglich, mit Vortrag. In der heutigen Versammlung werde Kamerad Otto Que referieren über die augenblickliche Lage im Bergbau. Der Referent leitete seinen Vortrag mit der mit Heiterkeit aufgenommenen ironischen Bemerkung ein, die Bergarbeitergesprächler hätten geschrieben: Que sei „fertig“, er dürfe sich nirgends mehr sehen lassen. Que sei „ein toter Mann“. Man aber zu früh totfagte, der Lebe noch am längsten. Das hoffe der „tote Que“, den Bergarbeitergesprächler noch lange merken zu lassen. Dann besprach er die Vorgeschichte und den Verlauf des Streiks. An Hand von Zeitungsberichten wies der Referent klipp und klar nach, daß wir eine sehr gute Konjunktur haben. Wenn die Streikbruchorganisationen ihr frivoles Handwerk nicht getrieben hätten, dann würden die Bergleute ihre Lohnbewegung mit Erfolg durchgeführt haben. Jetzt sieht sich auch noch für den Sommer heraus, daß das Lohnversprechen ein Schwindel war. Am 13. Juni hätten die Werksbesitzer auch die Kautionsrechnung der Witwen- und Waisenpensionen abgelehnt. So seien die Bergleute um die Anerkennung ihrer Rechte gekommen durch die verbrecherische Organisation des Streikbruchs. Doch lasse sich deswegen kein denkfähiger Kamerad enttönen, sondern nur sei es an der Zeit, die von den Streikbrüchler genutzten Verhältnisse über die an ihnen begangene Untat aufzuklären und mit Feuerkraft die stolze Konjunktur zur Gewinnung von Verbandsmitgliedern auszunutzen, damit recht bald die Scharte wieder ausgefüllt werde. Dem Vortrag folgte lebhafter Beifall. In der Diskussion sprachen mehrere Kameraden. Alle erklärten, sie seien mit der Haltung des Verbandsvorstandes vollständig einverstanden. Leider habe die „christliche“ Zeche Karl Funke mit circa 1100 Mann Verbandskraft sehr schlecht im Streik gestanden. Hier hatten die „Christlichen“ und die Gelben dreimal mehr Mitglieder wie der Dreieck. In einer vom Gewerbeverein am 3. März in Geisingen abgehaltenen Versammlung habe einer der bekanntesten Gewerbevereinsagitatoren, Großmillinghaus mit Namen, erklärt, wenn jetzt keine günstige Zeit zum Streik sei, dann gäbe es keine günstige. Diese Worte hätten zum Schrecken des Gewerbevereinsreferenten starken Beifall gefunden. Zur großen Ueberraschung der Versammlung habe später derselbe Großmillinghaus vor der Zeche Fuglitz gegen den Streik verteidigt. Man könne annehmen, daß er zu dieser Handlungsgezwungen worden sei. Der Streik habe nur schwach auf Karl Funke begonnen. Im Wilhelm, den 13. März, sei der „christliche“ Arbeiterausschuß in der Versammlung der Streikenden gekommen und habe erklärt: der Betriebsführer wolle dafür sorgen, daß in ein paar Monaten der Lohn mindestens so hoch wie 1907 sei, die Hauer sollten nicht unter 8,50 Mk. verdienen. Daraufhin wären alle Streikenden angefahren. Nun seien drei Monate verfloßen, aber das Versprechen ist noch nicht eingelöst! Es werden Sauerlöhne weit unter dem versprochenen Satz bezahlt. Infolgedessen und durch die von Beamten besetzte „Selbstschutz“ habe ein großer Unmut Platz gegriffen. Leider hätten sich eine Anzahl Verbandsmitglieder streichen lassen. Sie sagten, die Organisation helfe ja doch nichts, die Arbeiter seien sich doch nicht einig. Aber wer so handle und spreche, der fördere ja die Uneinigkeit. Das hätten mehrere Kameraden, die sich streichen ließen, schon eingesehen. Sie hätten sich wieder beim Verband gemeldet. Es sei darum zu hoffen, daß die Zählstelle bald wieder auf der früheren Höhe stehe. Der Gewerbeverein könne sich seines „Sieges“ aber durchaus nicht freuen. Vor dem Streik habe die Gewerbevereinszählstelle Geisingen monatlich mit 600—700 Mark abgerechnet. Im Monat April habe sie nur noch mit 460 Mark abrechnen können. Das ist nur noch für knapp 300 Mitglieder. Es sind dann dem „christlichen“ Gewerbeverein in seiner Hochburg Geisingen nach dem Streik wohl 100 Mitglieder davongelaufen! Wer eine ehrliche gewerkschaftliche Bewegung möchte, der könne nicht Gewerbevereinsmitglied bleiben. Alle Diskussionen führten zu der Heiligen Agitation für den Verband auf. Es werde den vereinten Kräften gelingen, viele Kameraden über ihre Interessenvertretung aufzuklären und sie dem Bergarbeiterverbande zuzuführen. Wer auf Arbeiterehre halte, der müsse auch das Streikdruckorgan, die „Ehrer Arbeiterzeitung“, bekämpfen. Es gelöre in sein Arbeiterhaus. Die „Arbeiterzeitung“ habe die Bergleute beim Streik unbedingt vertreten. Diese Zeitung gelöre deshalb in jedes Arbeiterhaus. Zum Schluß kam folgende Resolution zur Abstimmung:

„Die heute im Lokale des Herrn Sitten tagende Mitgliederversammlung der Zählstelle Geisingen erklärt sich mit den Lohnverhältnissen auf den umliegenden Zecken auf keiner Weise befriedigt, zumal die Löhne im 1. Vierteljahr 1912 gegenüber dem 4. Vierteljahr 1911 nur um 8 Pf. gestiegen sind. Die Versammlung erinnert insbesondere den Betriebsführer der Zeche Karl Funke ganz energisch an das am 13. März durch den „christlichen“ Ausschuß veränderte Versprechen, die Sauerlöhne innerhalb drei Monaten auf 8,50 bis 9,00 Mk. steigen zu lassen. Die Kohlenpreissteigerung von 80 Pf. pro Tonne vom 1. April 1912 zur Grubenlage nehmend, erlaubt die Versammlung nochmals, das gegebene Versprechen schärflich einzufügen und den Lohn alsbald mindestens die Höhe von 1907 zu erreichen zu lassen. Weiter erklärt sich die Versammlung mit dem Vorgehen der drei Verbände als das einzig Richtige einverstanden und beurteilt die „christlichen“ Streikbruchagitatoren aufs allerhöchste.“

Die Resolution wurde einstimmig angenommen und darauf die Versammlung nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen ebenfalls des Vorsitzenden geschlossen.

Am gleichen Sonntag hielten die „Christen“ eine Sprengelversammlung ab, die trotz riesiger Kesselle nur von 25 Personen einschließlich Referenten besucht war. Die „christlichen“ Streikengestalten gleichen nicht mehr, sie sind arm.

Ueberfall auf einen Verbandsältesten.

Wie weit der Fanatismus im schwarz-gelben Lager schon gestiegen ist, zeigt ein Ueberfall auf unseren Vizepräsidenten G. aus Bochum. G. hatte am 4. Juni einem Zähltermin in Dort-Südlicher belagert und befand sich auf dem Nachhausewege nach Bochum, als ihm der „christliche“ Bezirksleiter Unterharnscheid, Fritz Winding und Pirag, beide Vertrauensleute des Gewerbevereins, und noch zwei Unbekannte, begegneten. In G. Begleitung befand sich ein 68jähriger Invalid namens Zielinski. Als beide einige Schritte vorgegangen waren, sprang einer von den fünf auf G. zu und schlug ihn von hinten mit einem Gegenstand auf den Kopf, daß er vornüberfiel. Bei dem Sturz fielen ihm etwas Geld und eine Taschentuchtasche aus der Tasche; 40 Pf. und die Wunde hob der „christliche“ Winding auf und gab sie G. zurück. Der alte Invalid sagte: „Das habt Ihr da aber nicht recht gemacht.“ Als G. sich erhob, fragte er, ob das „christliche“ sei, ihm bereit zu überfallen und niederzuschlagen. Unterharnscheid stellte sich hierauf freisprachig hin, legte die Hände auf den Bauch und sagte G. aus. Winding und Pirag verfolgten ihn noch eine Strecke. Pirag wollte ihn noch mit seinem Knüttel auf den Kopf schlagen, wurde aber von zufällig daherkommenden Personen daran gehindert.

Dieser Vorgang zeigt wieder, wie weit der Fanatismus im schwarz-gelben Lager schon gestiegen ist. Ein „christlicher“ Bezirksleiter duldet nicht nur, daß ein Verbandsältester niedergeschlagen und verfolgt wird, sondern gibt seiner Freude darüber durch Reden noch besonderen Ausdruck. Da muß sich doch jeder ehrliche Mensch fragen: Wo soll das hinführen?

Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrgebiet.

Wir erhalten folgende Verächtlichkeit: In Nr. 24 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 15. Juni 1912 heißt es: „Die Verwaltung der Zeche Wassen befreit in dieser Verächtlichkeit, daß bei der Wahl der Sicherheitsmänner Stimmzettel, die mit den Namen der schwarz-gelben Kandidaten beschriftet waren, verbreitet worden sind.“ Wir bemerken hierzu, daß nicht die Verbreitung der Stimmzettel überhaupt bestraft ist, sondern die in ihrem Inhalte veröffentlichte Mitteilung, daß diese Stimmzettel von Grubenbeamten verteilt worden seien. Beschriftete Stimmzettel sind sowohl vom alten Verbands, als auch von den Inorganisierten ausgegeben worden.

Wunderliche Eisenwerke (Abt. Zeche Wassen)
Höf. Kemper.

Noch einmal Die gemahregelten Sicherheitsmänner von Zeche Dorffeld.

Am 11. November 1910 brachte die „Dortmunder Zeitung“ einen kurzen Artikel mit der Ueberschrift: „Unsichere Sicherheitsmänner“, worin den von der Zeche Dorffeld gemahregelten Sicherheitsmänner Widel und Wndt vorgeworfen wurde, daß sie vorstelligt Lampen beschlagnahmten. Es war von „gewissenlosen Vorgehen“ die Rede. Als Grund wurde angegeben, daß man künstlich habe Lichtstände schaffen wollen und es wurde nahegelegt, daß „Dritte“ die beiden Sicherheitsmänner beeinflusst hätten, die Lampen zu zerstören. Der damals gegen die „Dortmunder Zeitung“ angestrebte Prozeß gelangte zum Stillstand, da erst der nebenher laufende Streit auf Schlichtung gegen die Zeche erledigt werden sollte. Der Ausgang dieses Prozesses ist ja bekannt. Am 11. Juni war nun endlich eine Verhandlung vor dem Schöffengericht gegen den früheren Hauptredakteur der „Dortmunder Zeitung“, v. Trübscher. Dessen Verteidiger, Rechtsanwalt Kohn, machte den Einwand der Verjährung geltend, aber ohne Erfolg. Dann kam wieder die verächtliche Scheu des Verteidigers vor einer öffentlichen Behandlung der Kampfergebnisse, die gegenwärtig nicht allem Drum und Dran zum Ausdruck. Kohn erklärte, die Gegenpartei wolle nur wieder die Sache durch möglichst viele öffentliche Verhandlungen ziehen, um dann in der Presse mit allerhand Mißständen auf der Zeche wirken zu können. Rechtsanwalt Dr. Etkas wies diese Unterstellung zurück. Die Verhandlung wurde vertagt und sollen sich die Parteien zunächst über den Umfang ihrer Weisungsanträge verständigen und diese dem Gericht einreichen. — Es muß immer wieder gesagt werden, daß die Sachen des demokratischen Rechtsanwalts Kohn und der Zeche Dorffeld vor einer gründlichen Aufklärung der verwickelten Lampengeschichte und vor einer öffentlichen Behandlung sehr eigenartiglich beruht. — Die Kläger Widel und Wndt beantragten, auch einen Ortstermin vorzunehmen.

Die Bergarbeiter nicht mehr nötig

hat der Wirt Erbach in Saarzopf. Seit Erbach Wirt in Saarzopf ist, hat die Zählstelle unseres Verbandes bei ihm taget und unsere Kameraden haben ihn unterstützt. Jetzt hat er sich einen neuen Saal gebaut mit Gartenanlagen, hält Sonntags Reigentanz ab und die Bergarbeiter sind überflüssig. Wenigstens hat Erbach abgelehnt, seinen Saal zu einer öffentlichen Versammlung herzugeben. Diesen Wink mit dem Zampfpaß haben unsere Kameraden verstanden und sich nach einem anderen Versammlungsort umgesehen. Unsere Zählstelle Saarzopf hält jetzt ihre Versammlungen ab beim Wirt Terbed in Effen-Fulerau. Dort sollen auch unsere Kameraden verkehren. Wenn der Wirt Erbach die Bergarbeiter nicht mehr nötig hat, müssen diese zeigen, daß sie auch ihn nicht nötig haben.

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe.

Keinen Bergarbeiter in ihrer Wirtschaft sehen

wollen die Wirtheleute Gehrman (Schneiders Restaurant) in Gohfeld, Bezirk Magdeburg. Bis vor kurzem tagten in diesem Lokal die Mitgliederversammlungen der Zählstelle. Wegen Differenzen bezüglich eines Vergütungs, das mit der Organisation und der gesamten Arbeiterbewegung nicht das geringste zu tun hat, besetzte G. die „Kassierstelle“ ab und drohte auch, die Mitgliederversammlungen des Verbandes in seinem Lokal nicht mehr stattfinden zu lassen. Am Himmelfahrtstage gab er gegenüber Ortsverwaltungsmitgliedern wieder die Zustimmung zur Abhaltung einer Versammlung am 2. Juni. Als der Bezirksleiter etwas früher zur Versammlung kam und warten wollte, fing die Frau Streit an. Auf die Vorhaltung, daß der Wirt doch die Zusage gegeben hätte, erwiderte die Frau, ihr Mann hätte keine Zustimmung gegeben, sondern sich Bedenkzeit vorbehalten. Sie wolle keinen Bergarbeiter mehr in ihrer Wirtschaft sehen. Der Vater sei bei dem Wirt, was sie hatten, nicht verhungern und sie würden auch nicht verhungern. Der Mann stimmte dem zu. Es würde Selbstauflage sein, wollte ein Bergarbeiter nach dieser Erklärung noch einen Groschen in der Wirtschaft verzehren, wo man ihn nicht sehen will. Dasselbe wäre der Fall, wollten die Bergarbeiter ihre Lebensbedürfnisse in dieser Wirtschaft mit Materialwarengeschäft kaufen. Am Orte befindet sich ein Konsumverein, der sich gut entwickelt. Dessen Mitgliedschaft zu erwerben, ist dringende Pflicht eines jeden Bergarbeiters, da der durch den Verkauf erzielte Gewinn, den Mitgliedern selbst verbleibt.

Bekanntmachung.

Die antike Presse gibt bekannt, daß der preussische König allernachst gerührt habe, die Herren Bergarbeiter in der Wirtungshausen und Schula in Obernitz, zu Oberberggräten zu ernennen. Wir teilen den armen, gedrückten Bergleuten dieses Ereignis mit; hoffentlich trösten sie sich damit, daß ihre Werksleiter nunmehr entsprechend belohnt worden sind. Müßen sie auch heute noch für jämmerliche arbeiten, so haben doch nunmehr ihre schärfsten Gegner beim Streik mit dem Oberberggräten wahrlich auch eine entsprechende Gehaltssteigerung davongetragen. Es wird erheben auf die Bergarbeiter wirken, daß sie nun Oberberggräten als direkte Vorgesetzte mit entsprechend höherem Gehalt haben, wenn sie selbst auch beim Streik nichts erhielten, ja ein Teil ihrer Kameraden aufs Pfahler geworfen wurde. Das ist der Kampf um die Seele des Bergarbeiters: mit Belohnung der Beamten und Niederwerfung der Arbeiter. Allerdings meinen wir, daß eine Regierung, die dem König diese Beförderung vorgelegt hat, im Kampfe um die Seele der Bergarbeiter auf dem Holzwege ist.

Wie groß die Ungleichheit der fiskalischen Bergleute auch nach dem Streik noch ist, beweist die noch fortgesetzte stattfindende Abwanderung der Bergleute am Deister. So sind auch in den letzten Tagen wieder vom Bendorfer Werf über 80 Mann abgereist. Diese Abwanderung bringt das Werk schon ansehnlich in arge Verlegenheit, denn kürzlich hatte man 11 Bergleuten aus Meißelb gefündigt und als die Kündigungszeit um war und die Arbeiter ihre Entlassungspapiere haben wollten, da wollte das Werk das zu nicht gentaugen.

Die Leute wanderten aber trotzdem ab. Wie jämmerlich auch jetzt noch die Löhne sind, beweist das im Laufe der letzten Woche in Bantorf ein neuer Streik ausgebrochen ist. Die Leute verlangten entweder mehr Geld oder die Entlassung. Der letzte Herr Oberberggräten sagte sich, wie und mitgeteilt wird, bequemen, eine Regelung der Sache zu beschließen. Erprobend sind eine Anzahl Kameraden abgereist. Kameraden, vom Deister! Weiter so festgehalten an der Organisation, den Kampf mit aller Fähigkeit auf dieser Basis weiter geführt und das Werk wird schon noch Besserung lernen!

Königreich Sachsen.

Bestrafte Zeche gegen streikende Bergleute.

Bei dem letzten Bergarbeiterstreik im August-Dezember-Meier wurden in der bürgerlichen Presse anderhand Anwürfe gegen die streikenden Arbeiter erhoben. Unter anderem auch, daß der Bergarbeiter Richard Keller Gelder für die streikenden Bergarbeiter einsammelt und sich für sie verwendet habe. Der also verurteilte Arbeiter klagte deshalb gegen die „Bauger Zeitung“. Der besagte Medakteur bezog sich auf das Zeugnis des Medakteurs vom Deister, „Mollsboden“, aus dem er die Notiz übernommen hatte. Der als Zeuge vernommene Medakteur vom Deister, „Mollsboden“, gab nun an, er sei am dem Tage, an dem er den betreffenden Artikel geschrieben habe, telephonisch auf die Gendarmenwache gerufen worden. Dort habe man ihm mitgeteilt, daß zwei Bergarbeiter verhaftet worden seien, weil sie Gelder eingesammelt und unterschlagen hätten. Er könne als Mitschlägerredakteur zur Verfügung der Bevölkerung die Nachricht sofort in die Zeitung bringen. Nun war richtig, daß die Leute verhaftet worden waren. Sie hatten die Auskunft darüber verweigert, auf welche Weise das eingesammelte Geld verwendet werden sollte. Das war für die Gendarmenwache schon Grund genug, auf Unterschlagung zu schließen und sofort der Öffentlichkeit davon Mitteilung zu machen.

Da man Keller nichts weiter nachweisen konnte, als daß er Geld für die Streikenden einsammelt hatte, wurde er am andern Tage wieder freigelassen. Die bürgerliche Presse war aber nicht so anständig, auch diese Tatsache mitzutheilen. Unter diesen Umständen war es ganz natürlich, daß der verlagte Medakteur die Vorelligkeit der Gendarmen ausbaden mußte. Er wurde zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt und dem Privatkläger die Publikationsbefugnis ausgesprochen.

Zu den bequemsten Vornachrichten der bürgerlichen Presse gehört, die Arbeiterführer füllten sich bei Streiks die Taschen, führten ein Herrenleben usw. Diesen Vornachricht hatte auch die „Bauger Zeitung“ gegen den Bezirksleiter Manlius Krause erhoben. Darauf klagte Krause gegen den verantwortlichen Medakteur Hermann Meyer. In dem Termin vor dem Schöffengericht in Stollberg gab der Verlagte zu seiner Entschuldigung alles mögliche an. Namentlich hob er hervor, daß er durch die Agitation der „Ehemaliger Volksstimme“ schwer geschädigt worden sei. Besonders sei die Abonnanzsziffer seiner Zeitung stark zurückgegangen. Dann fiel ihm aber ein, daß Krause ihm im Verlaufe des Streiks in der Abwehr auch einmal gründlich auf die Finger geklopft hatte. Deshalb erhob er Widerklage, daß der Verlagte stattgab. Das Resultat der Verhandlung war, daß der verlagte Medakteur wegen Verleumdung in vier Fällen zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt und dem Kläger die Publikationsbefugnis zugesprochen wurde. Der Widerverlagte wurde zu 80 Mark Geldstrafe und auch zur Publikation verurteilt. Kamerad Krause wird gegen seine Verurteilung Berufung einlegen, da ihm die Beweisführung durch die plötzliche Widerklage unmöglich war. In der zweiten Instanz wird er den Wahrheitsbereich erbringen.

Ohne Kampf kein Sieg!

Aus Kameradentreffen wird uns geschrieben:

Alle Gebiete des Lebens werden immer mehr erfaßt von dem Organisationsgedanken. Im Kampfe ums Dasein findet der einzelne Mensch und Stille nur in der Organisation. Was dem einzelnen unmöglich wäre, wird erreicht durch den Zusammenschluß der Interessierten.

Den Wert und die Notwendigkeit der Organisation haben die Unternehmer besser erkannt als die Arbeiter; sie haben sich dieselbe auf allen Gebieten dienstbar gemacht, suchen aber die Arbeiter mit allen Mitteln davon abzuhalten, weil sie wissen, welche Gefahr ihrer Herrschaft und Profitgier dadurch droht. Geht und verfolgt mit allen Mitteln werden diejenigen Arbeiter, welche die Notwendigkeit der Organisation erkannt haben und mit Entschiedenheit dafür eintreten. Dagegen nehmen die Unternehmer das Organisationsrecht in weitgehendem Maße in Anspruch und wir wollen den sehen, der ihnen da hincindringen will. Derselben Unternehmer aber machen den Arbeitern das Organisationsrecht mit allen Mitteln unmöglich. Um ihrem Treiben nach außen hin wenigstens den Schein des Rechts zu geben, schwenken sie in der weitendsten Weise den roten Lappen. Da nicht leicht man die öffentliche Aufmerksamkeit von dem eigenen terroristischen Treiben ablenken, resp. dasselbe zu rechtfertigen.

Auch im Königreich Sachsen fühlt sich das Grubenunternehmertum jetzt wieder als Herr der Situation. Das verdanken die Herren nur der Uneinigkeit und Gedankenlosigkeit der Bergarbeiter. Wäre die Zahl der Arbeitswilligen nicht so groß gewesen, hätten diesmal Erfolge erzielt werden können. Mit ihrer Hilfe gelang es den Grubenbesitzern, die Bergarbeiter nochmals niederzuringen.

Der verlorene Kampf hat den Bergarbeitern bittere Lehren gegeben. Wir haben „gehegt“, sagen jetzt die Grubenbesitzer. Aber dieser „Sieg“ hat die Erkenntnis in vielen bisher noch wankelmütigen Kameraden geweckt, daß es so doch nicht weiter gehen darf; sie haben gesehen, mit welcher Macht sie es zu tun haben. Leider hat es auch einzelne Kameraden gegeben, die der Organisation den Rücken gekehrt haben, und glauben nun den Klägern zu spielen. Kameraden, wer das getan hat, liefert sich dem Unternehmertum vogelfrei in die Hände und gibt sich als ein willenloses Ausbeutungssubjekt hin; der ist in den Augen der Unternehmer nichts, und bei der Organisation kann er auch niemals mehr Hilfe haben. Er kann dann nur bei seiner Weidensgenossen als Feind jeden Fortschrittes betrachtet werden. Aber wir haben die feste Ueberzeugung, daß auch sie bei einigermaßen reiflicher Ueberlegung, ihren Fehler wieder gutmachen werden. Wo wären wir wohl geblieben, Kameraden, wenn nicht die Organisation als solche überall vorangegangen wäre, um immer nur das Beste herauszuholen.

Jetzt schiden sich die Grubenverwaltungen an, die Erbschaften vorzunehmen, und die Lücken wieder auszufüllen, die sie uns geschlagen haben in allen Körperschaften. Kameraden, wir haben alles aufzubieten, um überall wieder organisierte Kameraden hineinzubringen. Schon haben die Grubenherren aufgetaumt, als sie die unbeherrschten Vertreter entlassen konnten. Wie es scheint, soll von diesen gefährlichen Menschen keiner wieder angelegt werden. Kommt Zeit, wird Nacht, die Welt ist ja groß. Damit können sie aber die Organisation nicht vernichten. Ein Beweis, daß die hinausgeworfenen Kameraden ihre volle Pflicht getan haben, sonst wären sie nicht ein so großer Dorn im Auge der Unternehmer. Es sei hier nur an den sächsischen Knappschäftskampf erinnert sowie an den Kampf im Frankfurterknappschäftskampf. Nur der intensiven Arbeit unserer Kameraden mit Hilfe der Organisation ist es zu danken, daß wir einigermaßen bessere Zustände auf diesen Gebieten haben. Nicht umsonst, Kameraden, wird gesagt, die Organisation ist das Goldstück. Der Beweis ist nun schon tausendfach erbracht, daß dort, wo die Organisation stark genug ist, sich auch die Arbeiter menschenwürdige Zustände geschaffen haben. Umwunden schreiben es auch die Unternehmer in ihren Zeitungen, daß die Anerkennung der Organisation nur eine Frage ist. Also deutlicher kann es den Arbeitern nicht gesagt werden. Das müßte auch den gleichgültigsten Kameraden aufmuntern und in die Organisation hineintrreiben. Die Lehren, die die sächsischen Kameraden aus ihrem letzten Kampf gezogen haben, sind, daß die Zahl der Verbände, die den Kampf gegen die Grubenherren aufzunehmen, die ihre Schwäche erkannt haben, haben desto energischer eingesetzt, um ihre Reihen zu stärken. Heute sind sie dort angelangt, daß sie anerkannt worden sind. Und das Unternehmertum muß ihnen wohl oder übel auch Zugeständnisse machen. Auch das sächsische Grubenunternehmertum wird, wenn die Kameraden furchtlos und kampfbereit bestraft sind, mit aller Energie die Reihen unseres Verbandes zu stärken, in nicht allzu langer Zeit die Bergarbeiter anders behandeln müssen. Hat doch die Auswanderung aus den Revieren Zwickau und Deister-Zugau seit Ueberwindung des Ausstandes noch nicht aufgehört. Ein Beweis, daß es unmöglich ist, mit den Hungerlöhnen, die in den sächsischen Bergrevieren gezahlt werden, auszukommen. Es tritt jetzt ein, was der Grubenbesitzer Dr. Krug, der eifrige Verteidiger der Grubentapitalisten, der Deputation der Bergarbeiter in Dresden erklärt hat: „Wenn die Löhne im sächsischen Bergbau nicht genügen, der soll wo anders hingehen.“ Allerdings ein nobler Vorschlag von einem Negationsvertreter, der um Vermittlung in der Lohnfrage angegangen und von dem darum etwas anders erwartet wurde. Wir haben nun auch hieraus erfahren, und sind wieder um eine Erfahrung reicher, was

